

■ Arme Eltern? Blöde Zukunft!

Das neue Schuljahr beginnt, und Sachsen hat deutschlandweit das rückständigste Schulgesetz. Eine Analyse von André Hahn **Seite 3**

■ Endlich! Jüdisches Zentrum

Langjähriger Rechtsstreit um die „Steinerne Thora“ beendet **Seite 5**

■ Menschen an unserer Seite

Von proletarischen Glücksfällen **Seiten 8/9**

■ Bruchlos in die BRD

Personelle Kontinuität zum Nationalsozialismus – zur Geschichte der Rehabilitierung von Wehrmacht und SS **Seite 11**



Immer wieder Sonntags – kommt die Erinnerung ... dass Wahltag ist. Nie hätte ich geglaubt, dass nunmehr fast pausenlos die gute Prozentrechnung und dieser alte Schlager so zu Ehren kommen. Von A (wie Allensbach) bis Z (wie Zitterpartie) wird auf Bildschirmen und Zeitungsseiten raufgerechnet und runtergedeutet „was denn die Leute so wählen tun würden“ um Kurt Tucholsky und seinen „älteren aber leicht besoffenen Herrn“ beim Vorwahlgang in Erinnerung zu rufen. Leicht besoffen reden uns ja derzeit wirklich die Medien, egal welche Taste der Fernbedienung man drückt. Irgendwo wartet schon ein Kandidat mit seinen Ansichten und drängt in unsere Wohnzimmer. Immer die gleiche Art: Der eine sagt „So“, der andere meint, „So ist es nicht“. Beispielhaft demonstrierten das kürzlich Steuervisionär Kirchhoff und Finanzminister Eichel. Keiner konnte folgen. Wenn am Sonntag Wahltag wäre, welcher Partei würden Sie ihre Stimme geben? Entweder es quälen uns mit dieser Frage nette Meinungsforscher nach Anmeldung im Wohnzimmer höchst-

persönlich oder es klingelt das Telefon, und wir sind mit dieser Frage aller Fragen am Telefon dran: Rede und Antwort zu stehen. Oder man wird auf der Straße alle fünf Meter von einem Plakat genötigt zu wählen. Fazit: Die Demoskopien und Marketingexperten rechnen derzeit so sehr mit der Stimme des Wählers, dass die Politiker nicht mehr

Kanzler kürten. Als der dann schließlich erneut in der Pflicht war. Na ja ... nach der Wahl die Qual!

Wir lernen aus dieser Geschichte: Wenn der Osten rechts wählt, ist es offenbar recht, wenn er links wählt, ist es schlecht. Darum klingen derzeit besonders aus CDU bestimmten Himmelsrichtungen die Worte wie Donnerhall rüber: Schicksalswahl für Deutschland! Wachrütteln müssen wir das Wahlvolk! Und wir haben drauf gewartet: Die Stasikeule wird wieder rechtzeitig geschwungen.

Wahltermin – Qualtermin

dazu kommen, sie zu hören. Ständig werden auf Bildschirmen und Zeitungsseiten neue Parlamente gezeichnet und Sitzgruppen ausgerechnet.

Allen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann – weiß auch der Volksmund. Und so musste sich das östliche Wahlvolk von einem älteren (nüchteren?) Herrn sagen lassen, dass die „Frustrierten nicht noch einmal das Schicksal Deutschlands bestimmen dürfen“. Der da in Wahlangelegenheiten, die ja doch wohl immer noch geheim sind, ganz öffentlich stoiberte, vergaß offenbar, dass vor Jahren die (DDR-)Frustrierten Helmut Kohl schon mal zum

Und wenn das alles nichts hilft, dann müssen Mann und Frau sich eben doch noch duellieren. Sonntags ist es passiert und so ziemlich alle werten: Eine Überraschung waren die beiden nicht. Am Tag danach schrieben alle drüber und stellten fest: Schröder war gut, Merkel nicht schlecht.

Am Wahlsonntag im September sollten alle nicht Daheimgebliebenen aber doch etwas überlegter die Frage beantworten: Wen soll ich als wählereischer Mensch denn nun wählen, damit die Qual ein Ende hat?

• JOACHIM MICHAEL

Seitenwechsel?

Gerhard Schröder wird auch weiter mit Ex-Siemens-Chef Heinrich von Pierer, Tennis spielen. So leicht zerbricht eine Männerfreundschaft in höheren, dem gemeinen Volk fremden Sphären nicht, bloß weil ein Berater die Seiten gewechselt hat. – Halt, ein falscher Zungenschlag. Denn diesen Vorwurf wies der designierte Chefberater von Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel und ehemaliger Berater von SPD-Kanzler Schröder, zu Recht zurück: „Ich spiele auf der selben Seite wie bisher, auf der Seite der Innovationen.“

Ein Mann, der die Welt des Kapitals repräsentiert, wechselt nicht seine Seite. Er ist – von wegen „Ex“-Siemens-Chef – als Aufsichtsratschef von Siemens noch immer ein Manager des Großkapitals, mit 4,6 Millionen Euro Jahreseinnahmen. Das verpflichtet.

Wenn heute überhaupt noch von einem Seitenwechsel die Rede sein kann, dann ist es der, den eine Angela Merkel radikal vollzieht, indem sie das Großkapital ohne parlamentarische Mätzchen mit ins Regierungsboot nehmen will. So plant Pierer bereits, die Laufzeiten für Atomkraftwerke erheblich auszuweiten. Das wolle er nicht als Vertreter des Siemens-Konzerns – der zufällig wichtiger Zulieferer für Atomkraftwerke ist!

Wer das Volk für so dämlich verkaufen will, ist gescheit genug, seinen Aktionären etwas zu bieten. Siemens konnte, weil es der deutschen Wirtschaft ja so schlecht geht, seinen Gewinn im Geschäftsjahr 2003/04 um 39 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro steigern. Solche Gier einmal entfacht, ist nicht zu zügeln. Selbst der Präsident des Bundesverbands der Selbständigen (BDS), Rolf Kurz, nahm als Vertreter des Mittelstandes die Nominierung des Siemens-Managers zum Wirtschaftsberater der Union mit „gemischten Gefühlen“ auf. Er warnte vor einer Bevorzugung der Großkonzerne. – Zu spät! • **wart**

Das TV-Duett Merkel – Schröder

Nein, ein Duell war es gewiss nicht. Es war eine wohlorganisierte, wohl dosierte und in allem wohlgeratene Personality-Show nach amerikanischem Vorbild, ohne Überraschungen und ohne ernsthafte Blessuren. Sichtbar wurde, dass es mehr Gemeinsamkeiten in der politischen Strategie gibt als Differenzen. In manchem ähnelte ja zumindest die zweite rot-grüne Regierungszeit bereits einer großen Koalition, und beide waren darauf bedacht, sich diesen Weg für die neue Legislaturperiode offenzuhalten. Dem entsprachen die erörterten und die ausgelassenen Themen. Es war eine Flucht in Detailfragen: Prozentsätze, politische Instrumentarien, Akzentsetzungen. Es war eine Flucht vor den immer stärker klaffenden Widersprüchen zwischen Kapital und Arbeit. Ob Arbeitsmarkt und soziale Lage, ob Wirtschafts- und Steuerpolitik, ob Bildung und Innovation – beide, der Verteidiger der rot-grünen Politik wie auch seine angriffsfreudige Kontrahentin hüteten sich davor, das Thema der sozialen Gerechtigkeit ernsthaft anzupacken. – Auch in der Außenpolitik blieben Hauptfragen – so die deutsche Haltung zur globalen militanten Strategie der USA – außer Betracht, sie wurden ersetzt durch die nachgeordnete Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei, mit der die CDU punkten will.

Beide Teilnehmer des dissonanzreichen Duetts empfahlen sich wärmstens den wahren Herren des Landes als die besten politischen Geschäftsführer. Denn keiner hat, folgt man ihren Worten, Schuld an der gegenwärtigen Misere, und beide haben die besten Rezepte. • **GÜNTER LIPPOLD**

Im alten Amerika

Die starken Vereinigten Staaten offenbarten nach der Hurrican-Katastrophe bei New Orleans eine Trägheit, die man von ihnen bisher fast nur bei der Internationalen Hilfe kannte. Die Selbsthilfe der einfachen Menschen wurde überlagert von der Unfähigkeit des politischen Systems und der bürokratiegedrungenen Behörden, eine schnelle und wirksame Rettung der Betroffenen zu organisieren. Zusätzlich waren die Opfer einer Welle der Kriminalität ausgesetzt. – Die entstandene Lage wirft Fragen auf: Wie steht es tatsächlich um die vielgepriesene moralische Festigkeit der Nation? Hat der nach 2001 aufgebaute Katastrophenschutz vielleicht eine einseitig antiterroristische Ausrichtung? Werden die USA Castros uneigennütziges Hilfe-Angebot annehmen oder werden sie zu Lasten der Opfer „politisch“ entscheiden? Später wird man endlich auch beginnen müssen, über die bereits durch Experten benannten Zusammenhänge von Naturkatastrophen und Klimaschutz nachzudenken. • **K. R.**

Abgeordnete der Linkspartei.PDS informierten sich über künftige NATO-Drehscheibe

Flughafen Halle/Leipzig bedrohlich und belastend

LN. Dr. Volker Külöw, Mitglied des Sächsischen Landtags, und der Europa-Abgeordnete Tobias Pflüger führten am 2. September Gespräche mit dem Geschäftsführer der Flughafen Leipzig/Halle GmbH, Eric Malitzke und Vertretern der IG Nachtflugverbot. Wie sie danach erklärten, sahen sie sich in der Auffassung bestätigt, dass der Flughafen Leipzig/Halle – nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit und im Schatten der DHL-Ansiedlung – zu einem zentralen Umschlagplatz für NATO-Großraumtransporter ausgebaut wird. Offenkundig stehen die Vertragsverhandlungen mit einem zivilen Anbieter für die bevorstehende Stati-

onierung von bis zu sechs Transportflugzeugen vom Typ Antonow 124-100 – des größten Transportflugzeugs der Welt und zugleich eines der lautesten – unmittelbar vor dem Abschluss.

Die Ansiedlung und künftige Nutzung der Flugzeuge erfolgt im Zuge militärischer Lufttransportplanungen, die bereits im Jahre 2000 begannen. Laut Aufgabenstellung sollen dabei EU- und NATO-Truppen weltweit interventionsfähig werden und schweres Kriegsgerät über große Entfernungen transportiert werden. Innerhalb der EU und der NATO ist Deutschland auf eigenen Wunsch zuständig für diesen Bereich der Strategi-

schen Lufttransportkapazität. Damit mausert sich der Flughafen zu einem der bedeutendsten europäischen Umschlagplätze für Großwaffen und damit zur NATO-Drehscheibe für Großwaffen in künftigen Kriegen.

Die Abgeordneten weisen auch darauf hin, dass neben dem bedrohlichen militärischen Aspekt die enorme Lärmbelastung durch die „Antonows“ eine zusätzliche Belastung darstellt. Sie wollen daher nicht nur weiteren Widerstand gegen die geplante militärische Nutzung des Flughafens organisieren, sondern zugleich die IG Nachtflugverbot in ihren Bemühungen unterstützen, die Lebensqualität der vom Fluglärm Betroffenen zu erhalten.

Von dem hochgeachteten bürgerlichen Demokraten Günter Gaus stammt das Wort: „Ich halte die Öffnung der Stasiakten für ein Unglück.“ Sein vernichtendes Urteil: „Wir haben damit den Pranger wieder eingeführt.“ Wie das funktioniert, kann man dieser Tage, in denen sich eine gesamtdeutsche linke Partei zu formieren beginnt, am Bildschirm erleben und in einschlägigen Presseorganen lesen. Die „Spiegel“ brachte es unter dem Titel „Aufschrei Ost“ auf den Punkt: „Millionen sehen rot. Die Ostwähler verweigern sich den Strategien der Westpar-

teien. Sie machen eine neue Linke stark, die eher auf Marx setzt als auf Hart.“

Untersuchungen ergaben, dass

Da schrillen die Alarmglocken

73 Prozent (im Westen 50 Prozent) in der Kapitalismuskritik von Marx noch heute einen Sinn sehen. Dass der Sozialismus eine bisher nur schlecht ausgeführte gute Idee ist, meinen in Ostdeutschland 66 Prozent, in Westdeutschland 56 Prozent. Da schrillen in den antisoziali-

stischen Ideologiezentren die Alarmglocken. In diesen Kreisen wird vor der Bundestagswahl der verstärkte Griff nach der Stasikeule zur Tagesaufgabe. Sachsens Wissenschaftsministerin Barbara Ludwig warnte in der Leipziger „Runden Ecke“ laut LVZ „mit Nachdruck vor einer Verharmlosung der DDR-Vergangenheit, wofür der Ort ihres Auftretens „einen wichtigen Beitrag“ leiste. Der Kalte Krieg gegen die DDR wird 15 Jahre nach ihrem Niedergang fortgeführt. Wofür sich selbst eine „Wissenschafts“ministerin hergibt. • **K. SCH.**

Ein gemeiner Dreh

Zur Aufforderung der Arbeitsgemeinschaft Leipzig (Einrichtung von Stadt und Arbeitsagentur) an ältere Erwerbslose, Arbeitslosengeld II auch unter der Voraussetzung zu beziehen,

dass man nicht mehr arbeiten möchte, schreibt uns unser Leser Dietmar Sch. aus Leipzig: Es ist eine Schande, dass Menschen über 58 Jahre einfach ins wirtschaftliche Aus gestoßen werden und das noch mit ihrer Unterschrift bestätigen sollen.

Ich empfinde die „Information zur Inanspruchnahme von ALG II unter erleichterten Bedingungen“ als gemeinen politischen Dreh, um alle älteren Erwerbsfähigen aus den Arbeitslosenstatistiken herauszunehmen.

Wetterfee schickte Sonne für viertes Kinderfest

Sonnenschein und strahlende Kinderaugen, was kann man eigentlich mehr von einem gelungenen Kinderfest erzählen. Am 4. September trafen sich auf dem Gelände der Gaststätte „Reudnitzer Terrassen“ weit über 200 Kinder und Erwachsene zum nunmehr 4. Kinderfest der PDS-Basisorganisation Reudnitz-Angercrottendorf-Thonberg. Die OrganisatorInnen hatten für jeden Geschmack etwas auf die Beine gestellt: Hüpfburg, sportliche Spiele und als Höhepunkte des Nachmittags Auftritte der „singenden Family“ Wegelin, des Kinderchores „Sonnenschein“ (die Sänger sind nicht älter als 7 Jahre) und der exzellenten Kindertanzgruppe „Queens“. Auch die Feuerwehr ließ es sich nicht nehmen, das Kinderfest zu besuchen, und boten den Kindern die Gelegenheit, ein Löschfahrzeug zu erkunden. Groß und Klein ließ sich auch gern zur Teil-



nahme am Ballon-Weitflug-Wettbewerb verführen. Nun warten alle auf den Finder, der ihnen die Ballonkarte zurücksendet. Auf die am weitesten gereiste Karte und ihren Absender wartet noch eine Überraschung. 50 Liter „Rote Brause“, von der Linkspartei.PDS gesponsert, flossen durch die vielen durstigen Kehlen. Bereichert wurde

das Kinderfest durch einen Stand von „Cuba si“ und Informationsstände von Linkspartei.PDS und WASG. Natürlich fanden sich auch die beiden DirektkandidatInnen Barbara Höll und Volker Külöw ein. Dank auch dem Team von Lazzolo aus der Gaststätte „Reudnitzer Terrassen“.

• **GERHARD EILTZER**
MARGITTA KLUG

Bildung – so heißt es im Wahlprogramm der Linkspartei.PDS – ist für die Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes wie des Einzelnen eine Schlüsselfrage. LN bat DR. ANDRÉ HAHN – für die Linkspartei unter anderem als Mitglied im sächsischen Landtagsausschuss für Schule und Sport aktiv, zum Schuljahresbeginn um einen Kommentar zu seiner Forderung „Bildung muss allen zugänglich sein und bleiben!“

Sachsens Bildungs-Experimente am lebenden Menschen



Als CDU und SPD nach den Landtagswahlen 2004 eine Notgemeinschaft der Wahlverlierer bildeten, waren die Hoffnungen auf einen echten Politikwechsel gering, aber viele Sachsen erwarteten doch, dass zumindest der Kahlschlag im Schulwesen gestoppt werden würde, wenn die Sozialdemokraten mitregieren, die ja das Thema „Bildung“ zu ihrem Schwerpunkt im Wahlkampf gemacht hatten. Knapp zwölf Monate später fällt die Bilanz der wackeligen Koalition traurig, ja geradezu verheerend aus.

Das deutschlandweit rückschrittlichste Schulgesetz wurde nicht in einem einzigen Punkt verändert. Im Gegenteil: Selbst die durch das Volksbegehren „Zukunft braucht Schule“ nach hartem Kampf erzwungenen Korrekturen, z. B. hinsichtlich der Ausnahmeregelungen bei der Schulnetzplanung, wurden durch dubiose Verordnungen des neuen CDU-Kultusministers eiskalt ausgehebelt. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres wurde sage und schreibe der 1000. Schulstandort seit der Wende vernichtet, obwohl die Geburtenzahlen seit 1994 kontinuierlich ansteigen. Schulen, die zwei Weltkriege überlebten, haben aufgehört zu existieren. Steffen Flath betätigte sich als Totengräber des sächsischen Schulwesens und die SPD hielt ihm bereitwillig die Schaufel dabei. Unglaublich, aber leider wahr!

.... fällt die Bilanz der wackeligen Koalition traurig, ja geradezu verheerend aus. Das deutschlandweit rückschrittlichste Schulgesetz wurde nicht in einem einzigen Punkt verändert.

Dabei gab und gibt es in Sachsen ohnehin genügend Nachholbedarf in Sachen Bildung. Kindertagesstätten werden nicht nur stetig teurer, sondern bleiben durch asoziale Zugangskriterien auch immer mehr Kindern ganz oder teilweise verwehrt, z. B. wenn deren Eltern arbeitslos sind. In diesem Fall könnten die Kleinen nach Ansicht von CDU und SPD ja auch zu Hause betreut werden. Dass die Kitas nicht nur einen eigenständigen Bildungsauftrag, sondern auch eine wichtige Funktion bei der Ausprägung von vorschulischer Befähigung und sozialen Kompetenzen haben, wird dabei völlig ausgeblendet.

Wenn 6- bzw. 7-jährige Kinder dann mehr oder (meist) weniger gut vorbereitet eingeschult werden, gehen sie einer ungewissen Zukunft entgegen. Der Zustand der Schulen in Sachsen ist aufgrund der politischen Rahmenbedingungen oft schlecht bis dramatisch. Dass sie überhaupt noch einigermaßen funktionieren, ist in erster Linie dem Engagement der

Lehrerinnen und Lehrer zu verdanken. Die herrschende Politik hat dazu nichts beigetragen. Wer, wie Ministerpräsident Milbradt, mit Steffen Flath einen Mann zum Kultusminister macht, der im Kabinett zuvor für Bäume, Rinder und Schweine zuständig war, der braucht sich nicht zu wundern, wenn dieses Experiment am lebenden Menschen schief geht.

Die Qualität der sächsischen Schulabschlüsse ist alarmierend schlecht. 10 bis 12 Prozent der Schüler verlassen die Schule ohne jeden Abschluss. Weitere 10 bis 15 Prozent erreichen nur einen derart schlechten Haupt- oder Realschulabschluss, dass sie praktisch keine Chance



auf eine Lehrstelle haben. Nur knapp 70 Prozent der sächsischen Schüler sitzen nach neun Schuljahren auch tatsächlich in der 9. Klasse. Fast ein Drittel ist einmal oder gar öfter sitzen geblieben. Dieser Zustand muss endlich überwunden werden.

Die Bundesrepublik ist fast das letzte Land in Europa, das an einem streng gegliederten Schulsystem festhält. Sachsen ist dabei besonders rückschrittlich und praktiziert nach wie vor eine Selektierung der Kinder nach Klasse 4, also im Alter von 10 bzw. 11 Jahren. Die Linkspartei.PDS hält dies auch aus pädagogischen Gründen für unverantwortlich.

Sachsen ist seit mehr als zehn Jahren deutschlandweit Schlusslicht bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Bildung. Wir liegen – je nach Berechnungsmodell – 200 bis 500 EUR pro Schüler und Jahr unter dem Bundesdurchschnitt. Und das ohnehin wenige Geld wird auch noch völlig falsch verteilt. Die öffentliche Finanzierung ist im vorschulischen Bereich am niedrigsten, im Hochschulsektor am höchsten. Die Grundschulen haben deutlich weniger Mittel als die weiterführenden Schularten. In unseren Nachbarländern ist es genau umgekehrt. Dort

fließt das meiste Geld in die Grundlagenausbildung. Wir brauchen endlich auch hier eine andere Prioritätensetzung! Der Lehrerberuf muss wieder deutlich aufgewertet werden. In Sachsen verkommt diese unersetzbare Tätigkeit immer mehr zu einem Teilzeitjob. Nach den Grundschulpädagogen steht dies künftig auch den Mittelschulen und Gymnasien bevor. Dieser Trend muss schnellstens gestoppt werden, auch um die Motivation der Lehrerinnen und Lehrer nicht noch weiter zu beschädigen.

Auf dem Prüfstand steht schließlich auch der so genannte Bildungsföderalismus. Angesichts der internationalen Entwicklungen ist es mehr als fraglich, ob wir es uns mit Blick auf die unübersehbaren Probleme in unserem Schulwesen und die zwangsläufig steigende Mobilität der Menschen in Deutschland wirklich auf Dauer 16 unterschiedliche Schulgesetze und Lehrpläne leisten können.

PISA hat uns schmerzlich vor Augen geführt, wo wir im internationalen Vergleich wirklich stehen, nämlich im hinteren Mittelfeld. Die sächsische Regierung sonnt sich im dritten bzw. zweiten Platz in der innerdeutschen Rangliste. Unser Maßstab darf jedoch nicht ein vorderer Platz in der Kreisklasse sein, wir müssen uns an der Spitze der Bundesliga orientieren.

Spitzenreiter sind jene Staaten, die flächendeckend Ganztagschulen anbieten. Die Spitzenländer haben in der Regel integrierte Schulsysteme mit einem langen gemeinsamen Schulbesuch. Und schließlich: Jene Länder, die bei PISA vorn lie-

Sachsen ist seit mehr als zehn Jahren deutschlandweit Schlusslicht bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Bildung.

gen, haben einen hohen Abiturannteil und nahezu keine Sitzenbleiber. In Deutschland erlangt weniger als ein Drittel eines Jahrgangs die Hochschulreife. Der Durchschnittswert der OECD-Staaten liegt bei 45 Prozent, in Vorzeigeländern wie Finnland geht die Abiturquote bis zu 70 Prozent. Dort spielt im Übrigen auch die soziale Selektion so gut wie keine Rolle. Ganz

anders in Deutschland, wo Studien einen erschreckend hohen Grad der Abhängigkeit der Schulabschlüsse vom Bildungsgrad im Elternhaus feststellen.

Die PDS kämpfte in den zurückliegenden Jahren immer wieder für Verbesserungen im Bildungsbereich. Dabei befanden wir uns oft auch in Übereinstimmung mit der SPD. Umso enttäuschender ist es, wenn die Sozialdemokraten nunmehr um des blanken Machterhalts willen nahezu alle früheren Positionen über Bord geworfen haben. So vielschichtig die Ursachen für die

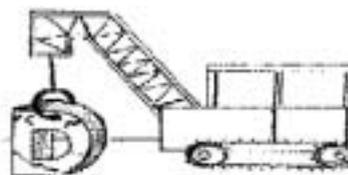
Die Linkspartei.PDS-Fraktion hat deshalb einen eigenen Komplett-Entwurf für ein neues Schulgesetz in den Landtag eingebracht, der unter anderem eine mindestens achtjährige gemeinsame Schulzeit aller Schüler vorsieht.

Misere im Schulwesen sind auch die nun erforderlichen Maßnahmen. Die Bildungs- und Erziehungsziele gehören ebenso auf den Prüfstand wie die Lehrpläne. Die Lehreraus- und Fortbildung sowie die finanzielle Ausstattung der Schulträger muss verbessert, die Autonomie der einzelnen Schule und die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler, Eltern und Lehrer sollten ausgeweitet werden. Was wir brauchen, ist eine radikale Bildungsreform – nicht mehr, aber vor allem nicht weniger!

Die Linkspartei.PDS-Fraktion hat deshalb einen eigenen Komplett-Entwurf für ein neues Schulgesetz in den Landtag eingebracht, der unter anderem eine mindestens achtjährige gemeinsame Schulzeit aller Schüler vorsieht. Wir wollen den separaten Hauptschulbildungsgang abschaffen und in jedem Landkreis mindestens eine Ganztagschule anbieten. Berufsausbildung mit Abitur soll wieder eingerichtet werden. Um das Schulterben zu beenden und wohnortnahe Schulen zu erhalten, schlagen wir eine Absenkung der Mindestschülerzahlen und der Mindestzügigkeiten vor. In keiner Klasse sollen mehr als 25 Kinder unterrichtet werden. Wir kritisieren also nicht nur den derzeitigen Zustand, sondern unterbreiten konstruktive Vorschläge zu dessen Überwindung, einschließlich der Finanzierung. Der vollständige Gesetzentwurf ist im Internet abrufbar unter www.pdsfraktion-sachsen.de.

Auch bezüglich der Hochschulen haben wir eine eindeutige Position. Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb lehnen wir Studiengebühren entschieden ab. Wer eine hochwertige, moderne und zukunftsorientierte Bildung ohne soziale Schranken will, für den gibt es am 18. September eigentlich nur eine Wahl: Linkspartei.PDS!

BILDUNG



Frauenfragen sind keine Eintagsfliegen

Für die feministische Arbeitsgemeinschaft der Linkspartei.PDS, die AG Lisa, sprach CYNTHIA PFINGST mit Stadträtin Stefanie Götz, stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS Leipzig, und mit Juliane Nagel, Jugendpolitische Sprecherin des Landesverbandes der Linkspartei.PDS Sachsen

● **C. Pfingst: Leipzig-Süd ist hart umkämpft im Bundestagswahlkampf 2005. Die Grünen haben hier ihre Hochburg, die CDU peilt die Mehrheit an ...**

St. Götz: Dennoch ist ein Direktmandat zu holen. Im Moment besagen die Umfragen, dass unser Kandidat vorn im Rennen liegt. Der Wahlkampf der Linkspartei wendet sich an verschiedene Zielgruppen, auch an KleingärtnerInnen, RentnerInnen und nicht zuletzt an jene junge, moderne Spektrum, auf dass die Grünen bauen. Wir haben dieser Zielgruppe durchaus etwas zu bieten wie unsere Positionen zu Grund- und Freiheitsrechten, in der Friedens- oder der Gleichstellungspolitik. Der Nacht-Infostand auf der Karli, die Veranstaltungsreihe im linXXnet, die „Campa Companera“ oder die Kneipentour sind Angebote, die unsere Inhalte vermitteln sollen.

J. Nagel: Die Stammwählerschaft der Grünen werden wir kaum gewinnen können. Die Grünen stehen immer noch gut da mit den Themen Ökologie und Gentechnik oder dem Protest gegen Überwachung, für Freiheitsrechte. Die Linkspartei.PDS beschränkt sich mehr auf

soziale Fragen wie Hartz IV. Das sollte natürlich bleiben, aber erweitert werden.

● **Reicht es aus – wie im Wahlprogramm der Linken in lediglich zwei kleineren Absätzen nachzulesen – Frauenrechte im universitären Bereich zu verteidigen und eine familienfreundliche Politik zu fordern, wenn die Realität von Frauen heute eher doch von Hartz IV geprägt ist?**

J. Nagel: Frauen und Erwerbsarbeit sind ein Riesenthema. Ein Thema, in dem Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit wichtige solidarische und linke Aspekte sind. Genau dort sind wir gewissermaßen bei den letzten Bundestagswahlen eingebrochen. Unser fundierter Protest zum Hartz-IV-Komplex genügt nicht, um die Chance in der bevorstehenden Wahl voll auszunutzen. Frauen und speziell verpartnerte Frauen sind besonders hart von Hartz IV betroffen, das sollte herausgehoben, erkennbar sein.

Stefanie Götz: Gleichstellung und Emanzipation sind für mich ein grundlegendes Ziel linker Politik, nicht nur eine Frage der Wahltaktik. Im Wahlprogramm steht tatsächlich wenig zu diesem Thema. Die geforderte Abschaffung von zum Beispiel ist auch Frauenpolitik, ohne dass wir sie im Kampf um ein Direktmandat explizit so nennen.

● **Wie stehen Sie zur Aufhebung der Quotierung der Linkspartei in Niedersachsen und im Saarland? Die Linkspartei hat sich in der Vergangenheit ja immer für die Quote ausgesprochen, um**

auch Kandidatinnen eine Chance zu geben.

Stefanie Götz: Bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten von Bündnissen ist für mich die Aufhebung der Quote ein Ding der Unmöglichkeit. Denn solange ohne Quote automatisch Männer gewählt werden, brauchen wir diese Stütze, um Frauen die Teilhabe zu sichern. Auch längerfristig tut sich eine linke Partei damit keinen Gefallen. Eine Partei ist für Frauen nur attraktiv, wenn Frauen auf allen Ebenen auch gleichberechtigt vertreten sind. Die Tatsache, dass die Parteimitgliedschaft ja auch männlich dominiert ist, ist kein Grund, die Quote zu kippen. Sie ist vielmehr eine Herausforderung, der es sich zu stellen gilt – auch mit der Quote.

J. Nagel: Die statuarisch festgelegte Quote ist dennoch nur ein Instrument, um geschlechterpolitische Gerechtigkeit herzustellen. Sie ändert nichts an patriarchalen Rahmenbedingungen, die eigentlich verändert werden müssen. Trotzdem bin ich für die Quote bei Listenaufstellungen und Wahlen. Die Linkspartei.PDS muss aufpassen, dass sie die erforderliche Frauenquote erreicht, um die weibliche Komponente in ihrer Politik sichtbar zu machen. Unser Partner, die WASG, ist da sehr männerdominierend, darüber bleibt auch zu reden. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Ämtern und Mandaten sollte die WASG sozusagen als Notwendigkeit „verinnerlichen“. Für 2006 ist es allerdings bereits angestrebt, dieses Prinzip in der Satzung der WASG zu verankern.

Linker Frauen Aufbruch

Der Wind beginnt sich zu drehen. Er hebt den Mantel der Alternativlosigkeit, der in den letzten Jahren jeden frischen Gedanken ersticke. Die Idee einer neuen linken Kraft wirbelt die politische Landschaft durcheinander. Wir Frauen wirbeln mit.

Wir wollen, dass die Linkspartei mit einer starken Fraktion in den Bundestag kommt. Aber ohne Opposition außerhalb der Parlamente wird sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nicht nachhaltig ändern.

Wir wollen, dass sich eine neue linke Kraft herausbildet. Aber das können wir nicht allein den Parteien WASG und Linkspartei überlassen und nicht allein den Männern.

Wir wollen aufeinander zugehen, Frauen aus Bewegungen, Gewerkschaften, Feministinnen, Frauen aus Parteien, Parlamenten, Projekten, Frauen aus Ost und West, Migrantinnen und Frauen anderer Nationalitäten und Kulturen. Wir linken Frauen sind gewohnt, Grenzen zu überwinden und Netzwerke zu knüpfen. Wir sind gewohnt, quer zu denken. Die Frauenperspektive auf die Gesellschaft, auf Arbeit, Kultur, Selbstbestimmung, auf die Welt und die Natur waren in dieser Gesellschaft bislang noch nie bestimmend.

Wir haben etwas zu sagen und gemeinsam sind wir stark. Wir wollen dem Prozess zu einer neuen Linken ein weibliches Gesicht geben.

Dazu rufen wir auf. Damit beginnen wir jetzt.

Ein erster Schritt ist der Ratschlag „Linker Frauen Aufbruch“ am 10. September in Frankfurt/Main.

Kontakt zur Unterstützung des Aufrufs und weitere Informationen:

kontakt@linker-frauen-aufbruch.de

Reinhard Bernhof

DER MANN AUF DER BANK

Jeden Tag sitzt er auf der Bank vor dem KONSUM (manchmal liegt er auch, ein Bein angewinkelt) Flaschen daneben, das Gebräu des Vergessens (nicht Johnny Walker), schon am Vormittag Furchen im Gesicht, struppig verklebtes Haar und Bartsträhnen (Heufarbe). Seine Augen tief und der Mund kommt von weither Schultern hängen herab; sein rechter Unterarm der aussieht, als sei er falsch herum an seinen Ellenbogen

gehängt worden; in den Händen Arthritis seine Treter angeschwollen Er lernt schnell auf dem Boden schlafen und zu zerschmelzen mit dem Dunkel – in Ecken, Enden, Abrißhäusern, überall – Er lernt ständig dazu und schweigt Manchmal brabbelt er zusammenhangloses Zeug von Kapitalisten und schwarzen Bastarden die in der Börse brüllen wie wilde Tiere Oft gehen zu ihm die Schulschwänzer hin weil er einen Adamsapfel hat der auf- und abspringt beim Sprechen Anfangs noch versuchte er die Wende zu begreifen als Toilettendixiefahrer, Geschlechtsbestimmer von Hühnerküken. Später ging er in sein Büro in Anzug mit Krawatte; er litt nicht gerade unter einem Mangel an Enthusiasmus und wartete auf Kunden, die niemals kamen Später lief er eine Zeit lang von Tür zu Tür verkaufte etwas. Doch auch damit kam er auf keinen grünen Zweig. Er haßte sich den Geruch des Scheiterns, und bekam allmählich das Gefühl, daß die Leute ihn jetzt anglotzten als auch noch seine Frau und seine Tochter verschwunden waren. Er fing an mehr zu trinken. Dann kam noch der Unfall mit dem Auto. Nach seinem Namen fragt keiner mehr nach seinen Jahresringen, auch nicht der Pastor der neulich vorbei ging. Immer wieder die abgestürzten Alkoholiker um ihn herum (einer mit Veilchenaugen, ein anderer mit ruckartig athetoser Bewegung) Ein Rauschen von Stimmen, als begänne eine Party. Mein Gedicht ist auch ein Platz für dieses Treffen

aus Goldgräberland

Kinder und Computer. Für viele Eltern erwächst sich diese Symbiose zu einem Trauma. Bei den einen, weil sie sich mehr und mehr Sorgen darum machen, dass ihre Sprösslinge die Umwelt nur noch über den PC wahrnehmen. Bei anderen auch deshalb, weil es die schmale Haushaltskasse nicht hergibt, dem Nachwuchs den Zugang zur modernen Medientechnologie zu finanzieren. Bildungs- und auch soziale Differenzierung nehmen heute hier bereits ihren Anfang. Fakt ist, ohne Kenntnisse im Umgang mit dem PC kann man in kaum noch einem Beruf bestehen. Aber auch im Alltag erobert sich die moderne Medientechnik ein Terrain nach dem anderen. Man kann deshalb nicht früh genug damit beginnen, den richtigen Umgang mit der modernen PC-Technik zu erlernen. Am besten spielend, bereits im Vorschulalter.

Die PDS-Fraktion im Leipziger Stadtrat unterstützt eine solche Aktion als Sponsor. Am 29. August übergab ihr Geschäftsführer Rüdiger Ulrich (Foto rechts) die aus Spendenmitteln der Stadträtinnen und Stadträte finanzierten „Schlaumäuse“ offiziell an die Kindertagesstätte „Buntspecht“. Im Rahmen der Aktion „Schlaumäuse – Kinder ent-

PDS sponsert „Schlaumäuse“



decken die Sprache“ sollen rund 100 Kindertagesstätten mit der spaßigen Lernsoftware ausgestattet werden, die den Schriftspracherwerb von Vorschulkindern unter-

Anzeige

Die PDS-Fraktion
im Stadtrat zu Leipzig
lädt
am 12. September 2004,
19 bis 20.30 Uhr
zum
Chat über Hartz IV
www.pds-fraktion-leipzig.de

stützt. „Kinder sind unsere Zukunft. Wir müssen sie deshalb schon heute mit allen Mitteln fördern. Die PISA-Untersuchungen haben gezeigt, dass da noch viel Nachholbedarf besteht,“ begründete Rüdiger Ulrich die Initiative seiner Fraktion. Ihm wie auch seinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat liegt vor allem an einer weitestgehenden Chancengleichheit für den Nachwuchs, damit soziale Differenzierung nicht bereits im frühen Kindesalter prägend bei Bildung und Erziehung wirken. Die Erzieherinnen wie auch die Kinder im „Buntspecht“ nahmen die Geste dankbar an.

• JAN DIETRICH

Ein langer Rechtsstreit ist beendet. Laut Urteil des Oberverwaltungsgerichtes darf die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig ihr Gemeinde- und Begegnungszentrum in der Hinrichsenstraße im Waldstraßenviertel bauen.

Herr Notar A. Schenckel ärgerte sich über seinen Nachbarn. Der Jurist mit dem Wappen des Freistaates Sachsen im Schilde hat einen repräsentativen Notariatssitz in der Leibnizstraße 19 und kann über eine ausgedehnte Wiese und den Maschendrahtzaun hinweg in das Grundstück Hinrichsenstr. 14 schauen. Sein Ärgernis war jedoch nicht der bedauerliche Zustand des Vorder- und Hinterhauses des leer stehenden ehemaligen Jüdischen Altersheims. Ihn störte das anvisierte Bauvorhaben der Israelitischen Religionsgemeinde, die beide Häuser sanieren und sie durch einen halbunterirdischen Saal miteinander verbinden will. Nun gestattet das Baurecht der Nachbarschaft vor jeder Erteilung einer Baugenehmigung gehört und vor entsprechenden Eingriffen in deren Recht geschützt zu werden. Die Gemeinde suchte das Gespräch, der Notar den Widerspruch gegen die Baugenehmigung.

Der durch die Stadt abgewiesene Widerspruch führte alsbald zur Klage durch die Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Dabei wurden von der Klägersseite fehlende Abstandsflächen, drohender massiver Publikumsverkehr und eine angeblich erhebliche Automobilflut moniert.

Nach langem Hin und Her landete die Sache beim Oberverwaltungsgericht Bautzen, allerdings tagte es bei Abwesenheit des Klägers, aber vertreten durch dessen Anwälte im Leipziger Landgericht. Inzwischen waren mehrere Jahre vergangen. Die Religionsgemeinde und ihre Förderer versuchten derweil die zugesagten Fördermittel gegen den Verfall zu retten bis kaum noch Hoffnung war.

Erschienen waren an jenem Donnerstagmorgen, dem 25. August, auf Beklagenseite die Anwältinnen und Anwälte der Stadt als zuständiger Baubehörde und der Religionsgemeinde. Im akustisch wie inhaltlich kaum zu verstehenden Gefecht zwischen Bauplanungs- und Bauordnungsrecht und dem hin und wieder fal-

Verstandestiefe bei Abstandsflächen

Zum Prozess über das Gemeinde- und Begegnungszentrum der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig



lenden Sachargument suchte sich eine zahlreiche Zuhörerschaft ihre Meinung vom Geschehen zu machen. Das kleinliche Zerfasern in Meter- und Zentimeterabstände verlief zwar verfahrenstechnisch korrekt. Die Tatsache aber allein, dass nun über zu verhindernde Nebensächlichkeiten gestritten wurde, versetzte anwesende Gemeindeglieder in Fassungslosigkeit. Man konnte beobachten, wie selbst dem sicherlich an Gebote und enge Vorschriften gewöhnten Landesrabbiner beinahe der Kragen platzte. Nicht wenige vermuteten hinter den vorgebrachten Argumenten der Gegenseite Ressentiments des Klägers. Also weniger eine Frage des Abstands als des Anstands.

Schließlich sah der Senat zur Rechtsfindung keinen anderen Ausweg als den altherwürdigen Gerichtssaal 115 für eine Ortsbegehung zu verlassen, um die Einordnung des umgebenden Gebietes in eine der in der Baunutzungsverordnung

aufgeführten Typen vorzunehmen. Im Nieselregen traf das hohe Gericht wenig später an dem 1927 errichteten Gebäude ein. Die Verfahrensbeeteiligten und das Gericht zogen lange um die Häuser und zählten tatsächlich Wohnungen und Gewerbe-Einheiten der umliegenden Bebauung wie die Erbsen. Auf dieser Ebene also sei man mittlerweile angekommen, so der Rechtsanwalt der

Israelitischen Religionsgemeinde Maslaton. Wie bestellten klangen Kirchenglocken durch das Waldstraßenviertel. Unüberhörbar eingepasst kirchlich, doch wer stört sich schon daran. Der vor dem sanierungsbedürftigen Gebäude wartende Gemeindevorsitzende Kuf Kaufmann spöttelte, möglicherweise suche das Gericht intensiv nach einer Wohnung im näheren Umkreis, weil es ewig nicht wiederkehre.

Natürlich nutzte er die Zeit und beantwortete die Fragen der ebenfalls vor Ort gebliebenen Journalistinnen und Journalisten zum Bauvorhaben, zur Finanzierungsproblematik und zur Größe der Gemeinde. Auch kommt zur Sprache, dass das Gemeindeleben der mittlerweile über 1200 Mitglieder in einem Raum für 70 bis 100 Plätze stattfinden muss und die unterschiedlichen Kultur- und Arbeits- sowie Unterrichtsgruppen sich vor den viel zu kleinen Zimmern in der Löhrestraße anstellen müssen. Hohe Feiertage können gleich gar nicht repräsentativ

gefeiert werden. Die geretteten Gegenstände, die vom früheren jüdischen Leben in Leipzig künden, verstauben in Magazinen. Und das, obwohl sie der Öffentlichkeit in einem Begegnungszentrum gezeigt werden müssten und könnten. Überhaupt soll nicht nur ein Gemeindezentrum an sich entstehen, sondern auch ein Ort der Begegnung zwischen Juden und Nichtjuden.

Wieder im Saale angekommen, schritt das Gericht im Namen des Volkes zur Urteilsverkündung. Die Klage wurde kostenpflichtig abgewiesen. Was wir bisher noch nicht wussten, wissen wir jetzt durch die Begründung: Das Gebiet ist ein allgemeines und kein reines Wohngebiet. Wegen seiner gemischten Struktur von Wohnungen und Gewerbe sowie den vielen Freiberuflern wie zum Beispiel Rechtsanwältinnen, Steuerberatern und Notaren. In solchen ist kirchliche Nutzung erlaubt, demnach auch ein jüdisches Gemeindezentrum, egal mit wie vielen Eingängen, ob in einem oder mehreren Gebäuden. Die reformierte Sächsische Bauordnung ist so auszulegen, dass nicht mehr alle möglichen Schutzzwecke für Nachbarn gelten, sondern lediglich die des Brandschutzes, des Lichtes und der Sonne. Und davon hat also Herr Notar A. Schenckel selbst bei dem 1,50 m über den Boden schauenden Verbindungsbau und gehörig viel eigener Wiese bis zum Nachbargrundstück genug. Er hat noch immer einen freien Blick und trägt nun die Kosten des Verfahrens. Revision ist aus- und die Sache damit abgeschlossen.

Die Freude bei den Gemeindegliedern und Sympathisierenden war groß. Vielleicht fange man schon im Oktober an zu bauen, dann könne man in einem Jahr fertig sein, so Kuf Kaufmann. Die Pläne und Entwürfe der gleichfalls anwesenden Architektin Weiß liegen längst bereit und auch die Stadt Leipzig zeigte sich im Vorfeld entgegenkommend. Das Geld für die Inneneinrichtung fehlt bis heute, der Förderverein sammelt weiter, und nun vielleicht mit mehr Erfolg. Denn nicht wenige meinten, das Gemeinde- und Begegnungszentrum hätten die Israelitische Religionsgemeinde und unsere Stadt gerade heute nötig. Und dem ist auch so. Maslaton und alles Gute dafür.

• MARCO GÖTZE

Vor 150 Jahren wurde die Synagoge in der Gottschedstraße geweiht

Insgesamt 13 Synagogen gab es in Leipzig vor der faschistischen Reichspogromnacht vom 9. zum 10. November 1938. Die zwei größten unter ihnen – die Gemeinde-Synagoge in der Gottsched- / Ecke Zentralstraße mit 1100 und die Ez-Chaim-Synagoge in Apels Garten mit 600 Plätzen – gingen ebenso in Flammen auf wie andere Häuser jüdischer Besitzer und die Feierhalle auf dem jüdischen Friedhof.

Die einstige Synagoge in der Gottschedstraße wurde in diesen Tagen vor 150 Jahren geweiht. Ihre Geschichte begann im Mai 1837, als Dresdner und Leipziger Juden das Recht zum Zu-

sammenschluss als Religionsgemeinden und zum Bau gottesdienstlicher Veranstaltungsorte erhielten. Aber erst nach der Kündigung der jahrelang angemieteten Betsäle nahm der beabsichtigte Bau einer Synagoge Konturen an. Die Gemeindeversammlung beschloss am 16. Oktober 1852 die Errichtung des Neubaus – und zwar am Rande der Leipziger Altstadt. Denn hier, an der Gottschedstraße hatte man im April 1853 einen geeigneten Bauplatz ausfindig gemacht. Im Herbst desselben Jahres erhielt der Semper-Schüler Otto Simson den Bauauftrag. Der Grundstein wurde am 7. September 1854 gelegt, und

nach lediglich einjähriger Bauzeit erfolgte am 10. September 1855 die Weihe der im maurischen Stil errichteten Großen Synagoge.

Als sie in der Pogromnacht von 1938 in Brand gesteckt wurde, verpflichteten die Nazis die israelitische Religionsgemeinde, die noch stehenden Mauern auf eigene Kosten einreißen zu lassen, was bereits am 11. November geschah.

Im Jahr 1966 errichtete die Stadt Leipzig auf dem Platz des zerstörten Gotteshauses einen Gedenkstein zur Erinnerung an die Leipziger Jüdinnen und Juden, die Opfer des faschistischen Terrors wurden.



Eine neue Gedenkstätte wurde im Rahmen der 4. jüdischen Woche am 24. Juni 2001 eingeweiht. Das modern gestaltete Denkmal umfasst ein Feld mit 140 Stühlen unter freiem Himmel. An einer Mauer angebrach-

te Texte in hebräisch, englisch und deutsch erinnern an die während des Faschismus ausgegrenzten, verfolgten und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger Leipzig.

• HERMANN GERATHEWOHL



Peter Porschs Anwalt:

Eine politische Entscheidung

Zur Empfehlung des Bewertungsausschusses des Landtages, eine Abgeordnetenklage gegen den Abgeordneten Prof. Dr. Peter Porsch zu erheben, erklärt sein Anwalt Dr. Peter-Michael Diestel, es handle sich hierbei um eine politische Entscheidung, die „von nicht rechtsstaatlichen Grundsätzen und schon gar nicht von verfassungsrechtlichen Grundsätzen getragen ist“. Das Zustandekommen des Votums und die Umstände, wie die geheim zu haltende Entscheidung an die Öffentlichkeit gedrungen ist, mache deutlich, wes Geistes Kind diese Entscheidung ist: „Es wird versucht, einen politisch anders Denkenden und bei den Bürgern Sachsens angesehenen Politiker sowie von den Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates gewählten Abgeordneten seines Mandates zu berauben.“ Diestel hebt noch einmal hervor: Porsch war zu keiner Zeit inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Es gibt keine Verpflichtungserklärung, keine Berichterstattung. Während des Verfahrens im Bewertungsausschuss fanden die zahlreich gestellten Beweisangebote keine Berücksichtigung.

23. August

Dresden/Leipzig. Mit Pools von Lehrern, die übergreifend über die Schulamtsbereiche Vertretungen wahrnehmen sollen, will das Kultusministerium dem stark angewachsenen Stundenausfall begegnen. Dresden und Chemnitz wollen das Modell nutzen, Leipzig nicht.

24. August

Dresden. Das Sozialgericht hält eine Umzugspauschale für Hartz-IV-Empfänger in Höhe für 750 Euro nicht in jedem Fall für ausreichend. Sie verpflichtet in einem konkreten Fall die zuständige Arbeitsgemeinschaft von Kommune und Arbeitsagentur zu weiteren Zahlungen.

25. August

Dresden. Wie Innenminister de Maizièrte mitteilt wurden in Sachsen in den letzten fünf Jahren 40 000 leerstehende Wohnungen abgerissen. In den nächsten zehn Jahren sollen 250 000 weitere folgen. Ungeachtet dessen wird laut einer Studie der Freiburger Bergakademie der Wohnungsleerstand bis 2010 weiter steigen.

26. August

Bautzen/Dresden. Das Sächsische Ober-

Besorgte Öffentlichkeit:

Pressefreiheit schützen und Korruption wirksam bekämpfen

LN. Das sind die ursprünglichen Fakten: Bei einer Durchsichtung des Wohnhauses von Ex-Wirtschaftsminister Schommer durch die staatsanwaltliche Antikorruptionseinheit INES am 24. Mai erlangte ein Dresdner Journalist interne Informationen. Daraufhin suchten Ermittler der Staatsanwaltschaft Chemnitz nach einer undichten Stelle in der Antikorruptionseinheit, indem sie rechtswidrig die dienstlichen und privaten Telefonkontakt-Daten des Reporters ins Visier nahmen. Der Vorfall hat weithin für Empörung gesorgt und Forderungen nach Gewährleistung der Pressefreiheit und nach Fortführung einer konsequenten Korruptionsbekämpfung ausgelöst. Der **SPD-Politiker Michael Sturm** und andere forderten den Rücktritt von Justizminister Mackenroth, der über die rechtswidrige Aktion Bescheid wusste und das Vorgehen verteidigte. Der **Journalistenverband**

Sachsen sieht in dem Vorgang einen „eklatanten Verstoß gegen die Pressefreiheit“.

Nach der PDS sahen sich auch die Koalitionsfraktionen veranlasst, eine Erklärung der Regierung im Landtag zu verlangen. Die PDS-Fraktion hat inzwischen einen Antrag eingebracht zum Schutz der Pressefreiheit und zur Wiederherstellung der Voraussetzungen für eine wirksame Korruptionsbekämpfung. Dazu heißt es u.a.: es handle sich hier um einen nicht hinnehmbaren Eingriff in die Pressefreiheit. Mit Blick auf die Versetzung des INES-Chefs erklärt sie: „Wenn Staatsanwälte, die es wagen, gegen derzeitige oder frühere Amtsträger aus dem Regierungsapparat zu ermitteln, mit beruflichen Nachteilen rechnen müssen, wird die viel beschworene Korruptionsbekämpfung zur Farce.“

Für den 7. September wurde eine Sondersitzung des Landtags angesetzt.

Fragen an den Innenminister zu den SSS

LN. Nachdem die verbotene rechtsextremistische Gruppierung „Skinheads Sächsische Schweiz“ in jüngster Zeit wieder stärker mit kriminellen Aktivitäten, insbesondere gegen die Linkspartei, in Erscheinung getreten ist und es dabei Anzeichen der Untätigkeit der Polizei gibt, konfrontierte die Landtagsabgeordnete Dr. Cornelia Ernst Innenminister Thomas de Maizièrte in einer Sitzung des Innenausschusses mit einer Reihe von Fragen dazu.

Nachdem das ARD-Magazin „Kontraste“ Schlaglichter auf polizeiliches Handeln oder vermutetes Nichthandeln im braunen Sumpf der Sächsischen Schweiz gesetzt hatte, hatte die Landtagsfraktion Gespräche mit Opferberatungsstellen, mit Vertretern von Initiativen gegen Gewalt und mit Menschen aus unterschiedlichsten Vereinen geführt.

„Der Staatsminister wird erklären müssen, äußerte Cornelia Ernst, was dran ist an den The-

„Aktionsplan zur Entvölkerung Sachsens“

LN. Zu den jüngsten Arbeitslosenzahlen in Sachsen erklärt die PDS-Landtagsabgeordnete, Caren Lay, die dramatische Lage habe sich nicht entspannt, und die 18 000 fehlenden Lehrstellen offenbarten eine Misere.

„Ausgehend von der Situation in Sachsen“, so die Abgeordnete, „liest sich das von der CDU angekündigte ‚Hundert-Tage-Programm‘ für den Fall einer Regierungsübernahme wie ein Aktionsplan zur Entvölkerung Ostdeutschlands“. Sie verweist auf solche angekündigten Maßnahmen wie Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent, Streichung der Pendlerpauschale, faktische Abschaffung des Kündigungsschutzes und Beseitigung der Investitionspauschale. Das würde auf dem sächsischen Arbeitsmarkt wie eine Abwanderungskampagne für Arbeitnehmer und Investoren wirken. Sie verweist auf die alternativen Vorschläge der Linkspartei, darunter die Wertschöpfungsabgabe, die zur Finanzierung des Sozialstaates nicht mehr die Zahl der Arbeitsplätze, sondern die Höhe des Kapitalertrags zu Grunde legt.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im August

Ungünstiger Trend hält an

Der Agenturbezirk Leipzig hat den letzten Platz unter den sächsischen Agenturen mit 20,6 Prozent vor Bautzen gehalten. Der Bestand an Arbeitslosen liegt mit 79 646 um 1225 unter dem Juliwert, aber 7016 über dem Vorjahr, wobei die Billig-Jobber nicht als arbeitslos gelten. Besonders schlimm entwickelte sich die Lage für Jugendliche. Bei Betroffenen unter 25 Jahren gab es einen Anstieg um 36,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr, bei unter 20-Jährigen sogar um 78,7 Prozent. Die regionale Wirtschaft hat ihre Warnungen realisiert und in den meisten Bereichen mehr Arbeitnehmer entlassen als eingestellt – besonders beim Bau und im Handel. Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich ebenfalls weiter verschärft. Seit Oktober wurden nur 2627 Ausbildungsstellen gemeldet – bei 9136 Bewerbermeldungen. Ende August waren 373 Ausbildungsstellen noch unbesetzt und 4259 Bewerber noch nicht vermittelt. Im Rahmen des staatlichen Ausbildungsprogrammes soll dennoch jedem Jugendlichen ein Angebot unterbreitet werden. Das eigentliche Problem ist die Nichteinstellung von 9587 Ausgebildeten.

In Sachsen ist die Arbeitslosenzahl gegenüber Juli um 5942 auf 389 858 und gegenüber dem Vorjahr um 781 gesunken. Aber 55 398 Jugendliche sind erwerbslos 14,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Ein Lichtblick sei nicht vergessen: Das verarbeitende Gewerbe hat nach Umsatzsteigerung die Zahl der Mitarbeiter um 0,6 Prozent auf 225 477 erhöht. • **JOACHIM SPITZNER**



SACHSEN-CHRONIK

23. August bis 5. September

verwaltungsgericht entscheidet, dass die 128. Mittelschule in Dresden-Reick entgegen der Entscheidung des Kultusministers eine fünfte Klasse einrichten darf.

27. August

Lippendorf. Der 300 Meter hohe Schornstein des alten Lippendorfer Kraftwerks wird gesprengt.

29. August

Dresden. In Sachsen werden rund 30 000 Kinder eingeschult. Das sind 800 mehr als im Vorjahr. Hingegen ist die Gesamtzahl der Schüler um 21 000 auf 450 300 gesunken.

30. August

Dresden. Um die letzte Finanzierungslücke beim Wiederaufbau der Frauenkirche zu schließen, stellen Bund und Land zusätzlich je vier Millionen Euro aus Städtebaumitteln bereit.

31. August

Schkeuditz. Am Flughafen Leipzig-Halle erfolgt der erste Spatenstich für den Bau der Süd-Landebahn, die bis 2008 für das Luftfracht-Drehkreuz der DHL errichtet wird.

1. September

Leipzig. Das Amtsgericht setzt den Haftbefehl gegen den ehemaligen Sportchef des MDR, Wilfried Mohren, der wegen Korruptionsverdacht in Untersuchungshaft genommen wurde, außer Vollzug, weil keine Verdunklungsgefahr mehr bestehe.

Dresden. Die Feinstaubwerte in Sachsen sind wieder angestiegen. Sie lagen in den Ballungsräumen Dresden, Leipzig und Chemnitz deutlich über den zulässigen Grenzwerten.

Wermisdorf. Der Gemeinderat erteilt

dem wegen Betrug, Untreue und übler Nachrede suspendierten Bürgermeister Bernd-Dieter Lehmann ein Hausverbot für kommunale Objekte.

2. September

Dresden/Leipzig. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat entschieden, dass das Forschungszentrum für regenerative Therapien an der Technischen Universität Dresden angesiedelt wird. Leipzig und Berlin als weitere Bewerber scheiden damit aus.

Kamenz. Die sächsische Industrie meldet für Juni einen Rekordumsatz in Höhe von 3,9 Milliarden Euro. Das sind 5,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im Inland betrug die Steigerung 6,8 Prozent, während der Export zurückging.

Dresden. Der Sächsische Handwerkstag teilt mit, dass die Anzahl der eingetragenen Handwerksbetriebe landesweit um 1303 auf 54 951 gestiegen ist. Ein Anstieg der Beschäftigtenzahl war damit nicht verbunden.

2. bis 4. September

Weißwasser. Die ostsächsische Stadt ist Gastgeber des 14. „Tages der Sachsen“.

Die Populisten gehen um - oder:

Alles Luxus oder was?

Populär ist, was dem Volk gefällt. Populistisch (ein sehr junges Wort), was ihm zwar auch gefallen würde, aber vom Versprechenden nicht zu halten ist. Oder so ähnlich.

Was aber nun, wenn etwas Populistisches wie eine Luxussteuer plötzlich populär wird? Oder wenn es populär zu sein scheint, auf populistische Weise einen Menschen, sagen wir mal Oskar Lafontaine, anzugreifen, weil er sich einen gewissen Luxus erarbeitet hat und ihn nun genießt? Wobei der Mann ja gerade auch für sich – im Unterscheid zu allen Politikern aller bürgerlichen Parteien – selbst höhere Steuerlasten fordert.

Vertraxt.

Die Grünen kramten jüngst als Antwort auf die Merkelsche 18prozentige Mehrwertsteuer die Luxussteuer hervor. Auch in der PDS geisterte sie schon durch diverse Papiere. Weshalb wohl die Linkspartei jetzt die Grünen aufforderte, sich erst einmal mit ihr im Europaparlament für eine Änderung der Rechtsvorschriften einzusetzen, damit eine Luxussteuer rechtlich überhaupt möglich wird. Denn in der EU sind nur zwei Mehrwertsteuersätze erlaubt, nämlich der normale (bei uns 16 Prozent) und der ermäßigte (bei uns 7 Prozent).

Es gibt wahrlich Seriöseres zu tun. Wie soll denn so eine Luxussteuer überhaupt aussehen, worauf soll sie erhoben werden? Auf Äpfel, weil die schon teurer sind als die Ananas, die aber doch genaugenommen luxuriöser ist als der deutsche Boskop?

Wer definiert, was Luxus ist? Geht man vom lateinischen luxus aus, ist es „üppige Fruchtbarkeit, Ausschweifung, große



Pracht“, ist Luxus das, was über das Notwendige hinaus geht. Was aber ist notwendig? Was ist Verschwendung, was ist dekadent? Begriffe, die alle zum Thema gehören.

Paddelboot, Fahrrad, Rasenmäher, Wassertoilette sind in unserer Gesellschaft heute ebensowenig Luxus wie die elektrische Zahnbürste oder die Reise nach Spanien oder nach Bali. Obwohl das alles vor gar nicht allzu langer Zeit durchaus Luxus war – und andernorts noch ist. Was lediglich besagt, dass die Definition für Luxus sehr abhängig von der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung und damit sehr variabel ist.

Einigkeit herrscht derzeit breitengradübergreifend höchstens darüber, dass eine Yacht oder ein Privatjet für ein paar Millionen Euro oder ein Jaguar mit mehreren hundert PS tatsächlich etwas üppig, vor allem ressourcenverschlingend, also Luxus pur sind. Wozu allerdings sollen Millionäre oder Milliardäre, die sich solche Boliden in die Garage stellen oder im Hafen vertäuen, Luxussteuer bezahlen? Da ist es doch einfacher, und auch für die Reichen

selbst gerechter, sie über eine Vermögenssteuer – unabhängig von ihrer Kauflust oder auch von ihrem Geiz – in die Sozialpflichtigkeit zu nehmen. Denn das ist es doch wohl, worauf es bei der ganzen Diskussion ankommen sollte. Zumal – einmal abgesehen von der Yacht oder dem Jet –, es ändert sich mit der Zeit nicht nur der Inhalt dessen, was als Luxus verstanden wird, sondern auch die Einstellung zu ihm. Während Voltaire lästerte: „Seit 2000 Jahren wird in Vers und Prosa gegen den Luxus geeifert, und doch hat man ihn immer geliebt“, haben aufklärerische Ökonomen bereits herausgefunden, dass Luxus unabdingbar Stimulanz ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts ist. Mit ihm relativiert sich der Luxusbegriff. Luxusgüter werden Gebrauchsgüter. Davon lebt die Konsumgesellschaft. Nehmen wir nur die dünnen Strumpfhosen, den Kaffee, den Toilettenspülkasten oder das Auto an sich. Ach ja, das Auto. Für den einen besteht sein Luxus im etablierten Markennamen und im standesgemäß hohen Kaufpreis

(der sich angesichts geringer Versicherungs- und Steuerkosten durchaus relativieren kann). Für den anderen ist das satte Motorengeräusch oder die edle Innenausstattung das Nonplusultra. Für den Dritten ist eine Sitzheizung Luxus. Während gerade die für einen vierten alles andere als Luxus ist, weil er sich auf den winterlich eiskalten Sitzen schon Hämorrhoiden geholt hat.

Eine wie auch immer definierte Luxussteuer hätte zudem noch eine moralische Komponente und damit sehr viel mit sozialer Aus- und Abgrenzung zu tun (siehe Zugang zur Bildung, zur Hochkultur...). Aber das wäre ein weiteres Thema.

Fazit: Will man die im Grundgesetz festgeschriebene Sozialpflichtigkeit des Eigentums tatsächlich einfordern und die Umverteilung von unten nach oben wirklich stoppen, dann hilft vor allem die Vermögenssteuer. Populistische Sandkastenspielechen um eine Luxussteuer lenken nur ab.

• MAXI WARTELSTEINER

Terroralarm in der Hansestadt

oder wie ein Ohrenzeuge zu einer Großfahndung verhalf

HAMBURGER KORRESPONDENZ

Am Mittwochabend, 24. August, hörte ein Ägypter an der Bushaltestelle vor der S-Bahnstation Holstenstrasse ein Gespräch zwischen drei arabisch aussehenden Männern mit. Der Ägypter, Zeuge des Gesprächs, will die Wortfetzen „... über die Ehre vor Allah“ und „... morgen stehen wir als Helden vor Allah“ gehört haben. Da einer der Männer einen Rucksack bei sich hatte, ging der Ohrenzeuge zur Polizei. Er vermutete einen Terroranschlag. Polizei, Staatsschutz und Verfassungsschutz stuften den ägyptischen Zeugen als „sehr glaubhaft“ ein. Einen Tag später wurde der Westen der Hansestadt zum Tatort für eine filmreife Großfahndung. Die Terroranschläge vor einigen Wochen in London lassen grüßen. Dort wurde im Zuge der Terroristenhatz ein unbeteiligter Brasilianer von Polizisten regelrecht hingetrichtert.

Erschwerend für die Hamburger Polizei nur, dass ihr sogenanntes Mobiles Einsatzkommando (MEK) mit etwa 70 Beamten nicht in der Stadt war. Auf der Ferieninsel Sylt übten sie filmreif Befreiungseinsätze mit Hubschraubern und schnellen Fahrzeugen. Daher waren die 1000 Polizisten, die am Donnerstagabend zum Großeinsatz der Fahndung bei Verkehrskontrollen zusammengezogen waren, auf sich allein gestellt.

Bilder aus der Überwachungskamera des Hamburger Busses der Linie 3, mit

der die drei arabisch Aussehenden am Mittwoch gefahren waren, lieferten der Polizei die Fotos der gesuchten Terrorverdächtigen. An zwölf verschiedenen Kreuzungen und Knotenpunkten bezog das Heer der Polizisten Stellung. Jedes Auto wurde gestoppt, jede arabisch oder südländisch aussehende Person wurde aus den Fahrzeugen gebeten, befragt und kontrolliert. Die Waffe im Anschlag, verglichen die Beamten in ihren schussicheren Westen vor allem in der westlichen City, im Verlauf der Metrobuslinie 3, die Gesichter der Gestoppten mit den Fahndungsfotos, die in großformatiger Kopie an alle Kontrollstellen ausgegeben worden waren. Mit der Taschenlampe wurde in die Innenräume geleuchtet, auch Kofferräume wurden gründlich gecheckt. Auf den U-Bahngleisen zwischen Berliner Tor und Lübecker Straße kam es endlich zu einem Zwischenfall, ein Koffer lag auf den Schienen. Sprengmeister rückten an, BGS und Polizei sicherten die Fundstelle. Der Koffer

wurde gesprengt. Er war aber leer. Gemanagt wurde der Großeinsatz von Hamburgs Innensenator Udo Nagel, den einst ein gewisser Schill von der Isar nach Hamburg als Polizeipräsident geholt hatte. Als dann keiner aus der Hamburger CDU für das Innensentorenamt und die damit anstehenden Probleme verantwortlich sein wollte, wurde nach der Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft der parteilose Udo Nagel in das Amt befördert. Nun zeichnet er sich durch konservative, deutlicher, durch seine CSU-Ansichten aus. Der zweite Teil und Schluss der Terroristenuche in der Hansestadt ist auch nur ein schlechtgemachter ARD-Tatortkrimi: Die drei Männer, die vom ägyptischen Ohrenzeugen des Terrors bezichtigt wurden, konnten schließlich am 26. August von Beamten des Staatsschutzes verhört werden. Nur einen der 21- bis 25jährigen Verdächtigen fasste die Hamburger Polizei nach Hinweisen der Bevölkerung selbst, die beiden anderen stellten sich.

Allerdings ist keiner der drei Männer Araber. Es sind in Hamburg lebende Tschetschenen. Dass sie sich an der Bushaltestelle niemals miteinander auf arabisch unterhielten, ist so unwahrscheinlich wie ein Gespräch zwischen drei Dänen in New York auf Chinesisch. Auf der Welt gibt es zwar überall Muslime, aber arabisch ist nicht unbedingt die sie verbindende Sprache. Wohl lernen alle den Koran auf Arabisch vorzulesen, die Sprache beherrschen viele dennoch nicht. Aber müssen das deutsche Polizisten wissen, die Großfahndungen auslösen dürfen?

Die jüngste Hamburger Terroristenhatz ist wahrlich mehr als dubios und in erster Linie vom Bundestagswahlkampf bestimmt. Die drei Verdächtigen waren nach kurzer Zeit wieder auf freiem Fuß. Ihnen war nichts nachzuweisen oder vorzuwerfen. Öffentlich entschuldigt hat sich bisher weder Hamburgs Innensenator Udo Nagel noch sein Polizeipräsident. Aber Bundesinnenminister Schily findet das Geschehen im Nachhinein gut.

Dass diese „Terroristenuche“ auf einem Missverständnis beruht, wie jetzt die Innenbehörde Hamburgs kleinlaut verlauten lässt, darf bezweifelt werden. Ein bisschen Terroristenangst wird schon hängen geblieben sein beim Bürger, der die Kosten für dieses praxisnahe Übungsspiel zudem mit seinen Steuern zu begleichen hat.

• KARL-H. WALLOCH



Proletarier Prolet Proll

... was für eine Ehre!



Proletarier, im alten Rom: arme Bürger der untersten Klasse, die dem Staate nicht mit Geld sondern nur mit ihren Kindern dienen können. (Fremdwörterbuch von Dr. Otto Lyon, Leipzig 1896)

Prolet, die von bürgerlicher Seite ab-schätzig gemeinte Kürzung war in der Arbeiterbewegung ein Ehrenname (Etymologisches Wörterbuch von Ernst Wasserzieher, Leipzig 1977)

Proll, umgangssprachlich für ungebildeter, ungehobelter Mensch (Die deutsche Rechtschreibung, Mannheim 2000)

Sie sind dieser Tage ins Gerede gekommen die so genannten „proletarisierten Menschen“. Nicht über alle Jahrhunderte ihrer Existenz hinweg, sondern nur die „DDR-Proletarier.“ Manchem sind sie so unheimlich und unverständlich, dass sie für alle Schlechtigkeiten und Verzweifeltheiten heutiger Lebensumstände unter „General(Schönbohm)verdacht“ gestellt werden. Erinnerung und Widerrede sind auf reale und fiktive Art und Weise dringend geboten.

Da wäre EGON:

Nicht der Chef der Olsenbande (scheinbar jetzt auch DDR-typisch trotz dänischem Pass) nein, Egon und das achte Weltwunder ist hier gemeint. Jener Haudegen mit großer Klappe, gutaussehend (zumindest in der Filmdarstellung 1964 durch Gunther Schoß), der im Oderbruch Wiesen entwässerte, Mädchen verführte und vor allem stolz auf sich und seine Arbeitsleistung war. Ein ganz starker Halbstarke in Jeans, den Schriftsteller Joachim Wohlgemuth zum Leben erweckte. Damals keine Pflichtlektüre, sondern gern gekauft und gelesen.

Da wäre ANTON:

Ein gewitzter Automechaniker, den man auch den Zauberer nannte und der aussah wie Ulrich Thein (zumindest im Kino 1978). Auch er stolz auf sich und seine goldenen

Hände, beliebt und geliebt bei den Frauen im Bett... und bei den Leitern im volkseigenen Betrieb. Dieser aktive Typ endet schließlich ein wenig stolz als „Verdienter Aktivist“.

Da wären BALLA und HOFF:

Diese beiden Arbeiterstandbilder sehen zufälligerweise aus wie Manfred Krug und der wurde durch sie berühmt. Wer noch nie etwas von Balla und Hoff gesehen hat, möge es per Video unter den DEFA-Stichworten „Auf der Sonnenseite“ und „Spur der Steine“ nachholen. Bitte jetzt keine Einwände, das sei doch alles nur Kino gewesen. Diese „Helden der Arbeit“ gab es sowohl auf Bildern und Plakaten als auch im realen Leben. Schauen sie bitte nach oben links und oben rechts auf dieser Seite. Ich bin Arbeiter! Wer ist mehr? Könnte unter dem Plakat und dem Gemälde stehen. Und alle, die erfundenen und die wirklichen „Helden der Arbeit“ erzeugten mitunter auch tüchtigen Ärger und Diskussionen, weil man sie (eben nicht nur als Kunstfiguren) sehr ernst nahm.

Eine Widersprüchlichkeit der DDR, die noch längst nicht ausdiskutiert ist.

Die GEWANDHAUSERBAUER:

Die gab es nun unbestritten. Sie kamen aus fast 50 Kombinat und Betrieben der DDR. Viele davon sind heute längst durch die Treuhand entsorgt. Die Gewandhausbaumeister bewiesen vor den Augen der Welt auf ihre Art „Res servera

verum gaudium –

Wahre Freude ist eine ernste Sache“.

Die folgenden Zitate sind inzwischen 25 Jahren alt:

Später kann ich meinen Enkeln sagen, hier bin ich dabei gewesen.

(Olaf Baumgarten-Monteur) Für das erste Konzert muss ich mir noch ein schönes Klein kaufen

(Frida Schöbel-Kalfaktor). Ob ich später viel ins Gewandhaus gehe?

Ich habe einen Garten. Muss immer

mit den Händen etwas schaffen (Dietrich Posanski-Stukkateur). Ein Brauch war früher, die größte Pfeife am Ende mit Wein zu füllen.

(Volker Warnecke, Orgelbauer) Die beiden Fotos unten zeigen, wie eng Kultur und Arbeit in der DDR zu einer sozialen Arbeitskultur verschmelzen konnten, was unter heu-

tigen Umständen unwiederholbar scheint. Es ist schon interessant: Wer steht da vor wem auf... die Musiker vor den Arbeitern. Wie formulierte Kurt Masur zur Grundsteinlegung: „Ich widme den ersten Hammerschlag den Bauarbeitern, den Meistern, den Ingenieuren und den großen Kollektiven aller Mitschaffenden.“ Das war nicht offizielles Protokoll! Das war sehr ernst gemeint!

NOCH KEINE SOZIALE FURCHT

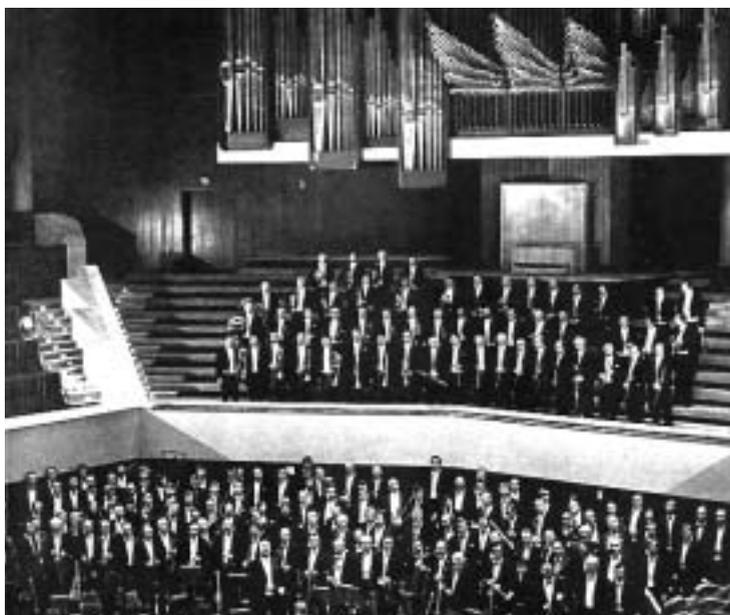
Man denke ebenfalls an die Semper-Oper, die Drushba-Trasse, das Zentralstadion, die Talsperren, die Neubaugebiete, die Braunkohlengebiete. Übrigens: Viele Proletarier haben es mit Wohlwollen bemerkt, dass sie unter DDR-Verhältnissen gut verdienten. Netto mehr als mancher Weißkittel. Und mancher junge Mann zeigte auch gern mal seine Pranken: „Schau mal... echte Arbeiterhände.“ Wie stolz das klang.

Wenn man sich die Bornaer Arbeiterinnen und Arbeiter, die die Dokumentaristin Helke Misselwitz in ihrem Film „Winter ade“ über Wochen begleitete heute noch einmal ansieht, da ist ohne Mühen Aufopferung und Selbstbewusstsein erkennbar. Wie wichtig man ist, auch unter Bedingungen, die wahrlich Knochenarbeit waren. Und außerdem: Da sehen einem (unter heutigem Blickwinkel) Menschen an, die das soziale Fürchten als Klasse längst verlernt hatten.

Damals ein selbstverständlicher gesellschaftlicher Fortschritt, der heute schon wieder erkämpft, erstritten und um den prozessiert werden muss. Der Autor Wolfgang Engler bemerkt in einem ähnlichen Zusammenhang in seiner umfangreichen Untersuchung „Die Ostdeutschen“:

So selbstbewusst werden einfache Arbeiter nie wieder blicken.

• MICHAEL ZOCK



Als Ende Juni Leipzigs PDS-Mitglieder im Schauspielhaus den neuen Namen der Partei und die Zusammenarbeit mit der WASG diskutierten und die Direktkandidaten für die Wahlkreise 153 und 154 wählten, hätte neben Barbara Höll und Volker Külöw mindestens noch eine Dritte Blumen verdient: Trotz ihrer reichlich 93 Jahre war Genossin Rost dabei. „Das letzte Mal wohl“, sagte sie leise im Foyer. Es klang nicht wehmütig, sondern eher jugendlich-ironisch.

*

Am 17. Oktober 1911 kommt Johanna Keil – so ihr Mädchename – in Leipzig-Plagwitz zur Welt. Schräg gegenüber dem „Lindenfels“, in der Karl-Heine-Straße,

Von **GOTTFRIED BRAUN**

wächst sie auf. Als der Vater vom Ersten Weltkrieg heimkehrt, von der Russlandfront, tritt er aus der Kirche aus. „Was ich erlebt habe – das kann doch kein Gott zulassen.“ Er wird Lagerarbeiter bei der Konsumgenossenschaft. Die Mutter hat mit drei Kindern zu Hause genug zu tun. Kurz nach dem Krieg, als eine Diphtherieepidemie die Stadt heimsucht, verliert die Familie Elisabeth, das jüngste Kind.

„I've learned English at school“

Zunächst, von 1917 bis 1921, besucht sie die Volksschule in Plagwitz. Die hat allerdings keine Fremdsprachenklassen. Und Johanna Keil liegt – nach dem unbegreiflichen gegenseitigen Abschlagen der Völker im imperialistischen Krieg – viel am Sprachenlernen. So nimmt sie vom fünften Schuljahr an den Fußmarsch zur Köneritzstraße auf sich. Lernt zunächst Französisch, ab siebente Klasse auch Englisch. „I've learned English at school“, sagt sie heute schmunzelnd und immer noch ein wenig stolz. So ganz selbstverständlich war dieser Bildungsgang für ein Arbeiterkind noch nicht.

„Ich habe Glück gehabt, wuchs in einer guten Familie auf. Wir waren immer füreinander da ... Bis heute. Ein Enkel holt die Getränke ...“, sagt Johanna. „Manche, die



auf die schiefe Bahn kommen, können gar nichts dafür, dass sie so geworden sind. Man muss vorsichtig sein mit dem Urteil, wenn man ihre Kindheit nicht kennt.“

1926 erlebt Johanna die Jugendweihe. Als 72 Jahre später die gewendete *Leipziger Volkszeitung* den Landesbischof zitiert, ruft sie die Redaktion an und stellt einiges klar. Ihr Jugendweihe-Buch – herausgegeben vom Allgemeinen Arbeiter-Bildungsverein für Leipzig und Umgebung – hat sie noch heute. Für Bischöfe der Gegenwart eine interessante Lektüre. Von wegen DDR! Da schreibt Max Adler, Wien, über *Neue Menschen, Gedanken über sozialistische Erziehung* oder Johannes Schult, Hamburg, über *Jugend und Sozialismus*. Man findet Auszüge aus Strindbergs Erzählung *Am offenen Meer*, aus Gorkis *Mutter* oder aus *Der Zahltag* von Andersen-Nexö. Millets *Ährensammlerinnen*, Meuniers *Grubenarbei-*



Foto: Märker

Die Glücksfälle der Johanna Rost

oder: Fast 94 Jahre in Leipzig

terinnen, die Grafik *Nie wieder Krieg* von Käthe Kollwitz führen an die Kunst heran.

Gesang im Zuchthaus

Johannas Kunst wird das Singen. Zu dritt ziehen sie von Plagwitz durch den heutigen Clara-Zetkin-Park bis zum Volkshaus, wo Otto Didam mit dem Leipziger Jugendchor probt. Unvergesslich: Sie treten vor Zuchthausgefangenen in Waldheim auf. „Unwahrscheinlich viel Kultur gab es damals in Leipzig – in der Arbeiterklasse und natürlich auch bei den anderen“, schwärmt Johanna Rost. Zur Kultur gehört für sie auch die Abenduniversität, die sie als Schülerin besucht. Dank deren Vermittlung fährt sie zu einem Frankreich-Aufenthalt bei einfachen Leuten. Gastfreundschaft nach einem grausamen Krieg und knapp anderthalb Jahrzehnte vor der „Revanche“ Nazideutschlands. Noch heute singt sie französische Lieder.

Zum Schulabschluss erhält „Fräulein Keil“ ein Leipzig-Buch mit handschriftlicher Widmung des Schuldirektors: *Geschenk des Rates der Stadt Leipzig für vorzügliche Leistungen. Ostern 1926. B. Heinker*. Eine weitere Schulbildung kann Vater nicht bezahlen (und bezahlt werden muss). Doch wieder hat sie – verdientes – Glück: Johanna erhält für drei Jahre eine Freistelle an der Höheren Schule für Frauenberufe.

Mit SAJ im Palmengarten

1928 kommt es zu einer schweren Auseinandersetzung über den Bau einer Pan-

zerkreuzer-Reihe – der vorläufige Höhe- oder besser Tiefpunkt schwerindustriellen Profitstrebens und Aufrüstens in der Weimarer Republik. Die SPD-Führung schwankt, führt allerdings auf Druck von unten den Wahlkampf mit der Losung „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“. Unter denen, die im Leipziger Palmengarten vor SPD-Genossen gegen den Kreuzerbau protestieren, ist auch Johanna Keil, inzwischen Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend. Noch heute erinnert sie sich an einen Sprechchortext – er verweist auf ein mitgeführtes Schiffsmodell:

**„Wer hat das Panzerschiff gebaut,
das dort so drohend steht?
Kein anderer als der Prolet.
Muss das sein, Genosse? Nein!
Arbeit soll für die Mehrheit
zum Segen sein!“**

Spätestens seit dieser Zeit betrachtet sie selbst ihr nahestehende Parteiführungen kritisch. Als sie der SPD beitrifft, wird sie nicht hörig-blind. Ein dreiviertel Jahrhundert danach wird das genauso sein. Immer wird sie fragen: Was nützt den Arbeitern? Wer setzt sich wirklich für sie ein? 1929, nach erfolgreichem Abschluss der Höheren Schule, hat Johanna wieder Glück: Die Metallgießerei Lützner/Ecke Plauthstraße stellt sie kurz vor der einsetzenden Weltwirtschaftskrise als Buchhalterin ein. Bilanzen führen, Geld eintreiben – das wird nun ihr Broterwerb. In dieser Zeit lernt sie ihren Mann ken-



1928: Der Leipziger Jugendchor unter Otto Didam (Mitte vorn sitzend) im Hof des Zuchthauses Waldheim. Johanna Rost in der vordersten Sitzreihe.

Foto: privat

nen. Er stammt aus Markranstädt, arbeitet als Beamtenanwärter im dortigen Rathaus und ist als Arbeitersportler aktiv. Die Hochzeit feiern sie zusammen mit Wanderfreunden an einem herrlichen Sommertag in Liberec. Beide sind bei den Naturfreunden (Johanna zahlt noch heute Mitgliedsbeitrag); mit dem Faltboot paddeln sie auf Elster und Luppe, auf Mulde und Rhein.

„Sie müssen nicht mitmarschieren“

Die gute Zeit währt nicht lange. Kaum sind die Nazis in die Regierung gehievt, wird der Schwiegervater, Sozialdemokrat, eingesperrt. Markranstädt entlässt sofort den Sohn. Auch er wird verhaftet, doch Kollegen erreichen, dass er freikommt. Glück. Vorm (Nazi-)„Tag der Arbeit“ sagt Johannas Chef unter vier Augen: „Wenn sie nicht mitmarschieren wollen, können Sie von mir aus zu Hause bleiben.“ Glück. Alfred Rost ist vier Jahre arbeitslos, bis ihn ein Betonwerk einstellt. Die Rosts ziehen der Arbeit nach, nach Bad Dübener. Aus der Frühzeit des Hitlerregimes bewahrt Johanna einen während der Saarkampagne eingesetzten Aufkleber: „Lieber raus auf die Straße, als heim ins Reich! fdj“.

1939 und 1941 kommen die Söhne Matthias und Michael zur Welt. Der Vater hat kaum etwas von seinen Kindern. Er wird „eingezogen“, muss in den verhassten Krieg, stirbt kurz vor dessen Ende. Johanna bleibt allein mit den Kleinen.

„Was hatten wir gekonnt!“

Bald nach dem Krieg beginnt die SAG- und die volkseigene Zeit. Johanna Rost arbeitet in der Betriebsabrechnung der GISAG, sieht, wie die Former noch lange unter den überkommenen primitiven Verhältnissen schufteten – wenn auch mit großzügigem Urlaub. Dann werden in Leipzig Gießereimaschinen und -anlagen entwickelt. Johanna arbeitet im Absatz mit spezieller Verantwortung für die Technische Messe – „Technik hat mich schon immer interessiert“. Die junge Frau behauptet sich gegenüber skeptischen Ingenieuren. 1958 schickt ihr eine Expertendelegation herzliche Grüße aus dem indischen Madras, „verbunden mit dem Wunsch, daß alle Maschinen tropenisoliert sind“. DDR-Anlagen werden in viele Länder verkauft. Rechtschaffenes Glück. „Was hatten wir gekonnt! Unsere Erzeugnisse waren gut. Und nach der Wende – wie weggeblasen! Wenn ich Frau Merkel sähe, würde ich ihr was sagen!“

Zur DDR-Zeit eckt sie mitunter an. „Unsere Ingenieure und Arbeiter haben sich eingesetzt, aber manche Oberen haben Entwicklungen nicht richtig erfasst, bestimmten über uns.“ Und nachdenklich: „Die Arbeiterklasse hat es immer am schwersten ... Aber man darf nicht aufgeben.“ Wenn sich Johanna früh um sieben muntert, hat sie vom blumengeschmückten Balkon ihrer Einraumwohnung einen schönen Blick auf Leipzig-Grünau. Sie wird ihre Haferflocken essen und den Tag durchgehen. Eine große Familie will bedacht sein. Zwei Enkel und drei Urkel gehören dazu, 16 Hilfsorganisationen, die von ihrer Witwenrente profitieren, ferner das Patenkind in Kenia. An Arzt- und Parteterminen ist zu denken wie auch an solche der Rosa-Luxemburg- oder auch mal der Friedrich-Ebert-Stiftung. Gespannt blickt Johanna auf die jüngsten politischen Entwicklungen im Land. *Wie wird die Linke, fragt sie sich, aus dem Jahr 2005 hervorgehen?* Schafft sie einen Glücksfall?

Riccardo Chailly als neuer Gewandhauskapellmeister umjubelt

Was Politiker nach 15 Jahren viel beschwerener Einheit längst nicht mehr erreichen, schafft Riccardo Chailly mit dem Gewandhausorchester mühelos: den vollbesetzten Augustusplatz. Kein gutes Zeichen für die Ersteren, ein umso besseres für die Künstler. Mit nun „seinem“ Orchester und vorzüglichen Solisten entfachte der Neue am

Von **WERNER WOLF**

Sonntagabend auf dem Podium vor der (zur Restaurierung verkleideten) Fassade „seines“ Opernhauses Begeisterung. Der von Chailly entdeckte und geförderte, an diesem Abend temperamentvoll von ihm begleitete Tenor Joseph Calleja glänzte mit Arien aus *Macbeth*, *La Traviata* und *Rigoletto*. Noch mehr schwollen Beifall und Jubelrufe an, als nach dem *Meistersinger*-Vorspiel die großartige Wagner-Interpretin Waltraud Meier Elisabeths „Hallen“-Arie und (nach der voller Musizierfreude gebotenen *Rienzi*-Ouvertüre) Brünnhildes Abschiedsszene der *Götter-*

dämmerung tief bewegend gestaltete. Dass der Mailänder Chailly exzellent Verdi dirigiert, war von vornherein klar. Mit diesem ersten Leipziger Wagner-Dirigat weckte er den unumstößlichen Wunsch, er möge mit dem Blick auf den 200. Geburtstag beider Opernmeister im Jahre 2013, in jeder Spielzeit eine Oper von Verdi und eine von Wagner einstudieren, mit einem neuen „Ring“ als Höhepunkt.

Mit seinen Antrittskonzerten als 19. Gewandhauskapellmeister an den beiden vorangegangenen Abenden manifestiert er die Konzeption seines gesamten künftigen Wirkens: Bewährtes lebendig weiter zu führen und Neues zu fördern. Die elf Programme, die Chailly jeweils an mehreren Abenden dirigiert, bekräftigen das im Einzelnen, mit Bachs *Johannes-Passion*, Beethovens *Neunter*, Werken von Mozart, Schumann,

Bruckner, Brahms, Tschaikowski, Mahler, Webern, Berg, Varèse, Prokofjew bis zu einer weiteren Uraufführung, einem Werk des Leipzigers Bernd Franke.

Die Vorschusslorbeeren in bildmächtiger Werbung, Presse, vollmundigen Erklärungen und Reden Verantwortlicher der Stadt und des Landes führten indes zu einer Überspannung, die im Eröffnungskonzert eher Nervosität aufkommen ließ. Keine Frage: Der Dirigent strahlte eine alles bezwingende Energie aus, die Gewandhausmusiker saßen konzentriert auf der Stuhlkante und gaben ihr Bestes. Doch bei einem so filigranen Stück wie Mendelssohns genialer Ouvertüre *Ein Sommernachtstraum* führt das eher zu Verkrampfungen und kleinen Ungenauigkeiten, zumal die erstmals im Gewandhaus gespielte Urfassung nach Mendelssohns Originalpartitur zu-

sätzliche Aufmerksamkeit fordert. Diese Fassung ist unbedingt der bis dato gebräuchlichen, von fremden Zutaten vergrößerten Version vorzuziehen. In Mendelssohns eindrucksstarken Chorwerken mit Orchester, dem 114. Psalm *Da Israel aus Ägypten auszog* und der Sinfonie-Kantate *Lobgesang* in der Urfassung vom Sommer 1840, führte diese Hochspannung mit dem Gewandhaus-, dem Opernchor und dem Orchester zu einigen Übersteigerungen, die manches in die Nähe von Hector Berlioz rückten. Im Unterschied zur Urfassung der *Sommernachtstraum*-Ouvertüre dürfte der nach den Erfahrungen der Uraufführung von Mendelssohn selbst im Herbst 1840 geschaffenen, im Vokalteil eindrucksstark erweiterten, im einleitenden Instrumentalteil verkürzten Fassung des *Lobgesanges* der Vorrang bleiben.

Eine Uraufführung steht im

Mittelpunkt des Programmes. Das *Verwandlungen II* betitelt Werk Wolfgang Rihms, des erfolgreichsten deutschen Komponisten der mittleren Generation, scheint Chailly und den Gewandhausmusikern in die Finger geschrieben zu sein. Jedenfalls können sie die Ausdrucksstärke und die Klangschönheit ihres Musizierens, die Fähigkeit zu vielfältigen Nuancierungen, farbenreichen und konfliktgeladenen Steigerungen mit opulenten Höhepunkten voll ausleben. Dass Rihm alles kompositorische Kalkül der ideenreichen motivischen und klanglichen Verwandlungen mit kräftigen Empfindungen durchpulst, honorierten auch dem Neuen gegenüber eher zurückhaltende Konzertbesucher mit lebhaftem Beifall.

Gespannt erwarten die Gewandhausbesucher Anton Bruckners *Fünfte* im ersten Anrechtskonzert.

Alle Macht in der Kunst geht vom Fleisch aus

Arbeiten des Bildhauers Alfred Hrdlicka in Neustrelitz

Bis zum 3. Oktober zeigt die Galerie in der Schloßkirche von Neustrelitz 21 Bronzeabgüsse des Gießers Alfred Zöttl von Plastiken des 77-jährigen Wiener Bildhauers Alfred Hrdlicka. Im Mittelpunkt der Personalausstellung, die sinnigerweise am 13. August und im Beisein des Bildhauers eröffnet wurde, steht seine expressive und figurative Ausdrucksweise, seine Vorliebe für Vitalität und Leidenschaft – „alle Macht in der Kunst geht vom Fleische aus“.

Der 1928 geborene Alfred Hrdlicka greift mit seinen Arbeiten in die Gesellschaft ein und

proviziert bewusst. Direkt oder mit Anspielungen löst er immer wieder öffentliche Diskussionen aus. Ein Beispiel dafür ist das unvollendete Hamburger Gedenkmal zum Kriegerdenkmal mit seiner Inschrift: „Deutschland muß leben – auch wenn ich sterben muß.“ Hamburgs damaliger von der SPD angeführte Senat fand einfach keine Mittel im Haushalt für die Vollendung des Hrdlicka-Denkmal. Dennoch, an diesem Denkmaltorso trifft man sich jedes Jahr am 1. September zur Antikriegsdemonstration.

• K.-H. WALLOCH

Ekkehard Schall

(29. 5. 1930 – 3. 9. 2005)

Ein seltenes Foto, ein seltener Moment: Schall in einem DEFA-Film („Aus unserer Zeit“ – 1968). Zehn Jahre zuvor war er der Halbstarke in „Berlin-Ecke-Schönhauser“. Nach seinem Erfolg als Arturo Ui beim Pariser Theatre des Nations 1960 und seinem Triumph als Coriolan in London wurde der Brecht-Schwiegersohn einer der international bekanntesten Schauspieler des Berliner Ensembles.

In Magdeburg (seiner Geburtsstadt) erlebte er voller Angst und Zuversicht das Ende des Zweiten Weltkrieges.

Oft führten ihn Angebote auch ins alte Leipziger Funkhaus zu Hörspielproduktionen. Die letzten Jahre saß er stolz in der ersten Reihe des Schauspielhauses, wenn Tochter Johanna wieder das Publikum als Regisseurin provozierte.

• M. Z.



Der Titel der neuen vierteiligen ZDF-Dokumentation „Goodbye DDR“ kopierte in freier Anlehnung den DDR-Nachwendefilm „Goodbye Lenin“. Bekanntlich auch deshalb ein Millionenerfolg, weil hier

Von **MICHAEL ZOCK**

politisch sensibel und künstlerisch achtbar Geschichte aufbereitet wurde. Bei der Bewertung der ZDF Serie wird es schon schwieriger. Die erste der insgesamt vier Folgen beschäftigte sich mit Walter Ulbricht und den Anfangsjahren. Und ich hätte wetten können, dass dabei natürlich wieder: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen“ im Angebot ist. Wette natürlich gewonnen! Schade, dass das

ZDF nicht in seinem Archiv nachschaute. Es hätte dabei jenen Manfred-Krug-Satz entdeckt, den der vor Monaten einem daraufhin fast sprachlosen Kerner entgegenlächelte. Wir erinnern uns: Johannes B. ritt natürlich auch wieder auf dem das Mauer-Spruch rum. Krug konterte daraufhin: „Na, hätte es der Ulbricht denn zugeben sollen?“

Die erste Goodbye-Folge war ein flotter Durchmarsch durch frühe Nachkriegsdaten und DDR-Film-Propaganda (die es natürlich gab) garniert mit den gewohnten Zeitzeugen-Häppchen (Leute, die mal jeder und mal keiner kennt). Also, die gesendeten Halbsätze eines Hans Modrow werden Zuschauerjahrgänge, die um 1980 geboren wurden, kaum zu deuten wissen.

Außerdem tut der Film das, was er der DDR ständig vorwirft: Er suggeriert mit einem lehrbuchhaften Unterbildtext – noch dazu besserwisserisch aufgesagt – politische Meinung. Die Bilder und Sequenzen sind perfekt geschnitten. Aber man spürt die Absicht und ist verstimmt. Hat das Ganze (wenn man sich für das Thema interessiert) auch schon x-mal gehört und gesehen und außerdem ist zu fragen: Wer bestimmt eigentlich, wann jemand „Goodbye“ sagt?

Die kommenden drei Folgen widmen sich nach Walter Ulbricht ebenfalls wieder Lebensdaten, um Geschichte zu deuten: Erich Mielke, Erich Honecker, Katharina Witt, Ausrutscher und Patzer der bisherigen Art sind da schon vorprogrammiert. Es gibt aber jetzt frisch auf DVD

gepresst ganz andere Zitatensätze aus der DDR, die vor allem nicht mehr nachträglich redigiert und gekürzt wurden und schon deshalb zu empfehlen sind. Legendäre „Stacheltier“ Kurzfilme zwischen 1950 und 1960 von der DEFA gedreht, damals im Kino sehr beliebt, wurden technisch bearbeitet, um sie 50 Jahre später wieder genießbar zu machen. Jeder meist nur Minuten lang und mit satirischem Blick von Autoren wie Wolfgang Kohlhaase oder dem jetzt verstorbenen E. R. Greulich gearbeitet zu Politik, Handel, Wandel, Lebensart. Einerseits eine wunderbare Erinnerung für diejenigen, die diese Zeiten erlebt haben und andererseits ein interessanter Test für Enkelgespräche, falls man welche hat.

FF dabei
DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Aus dem DDR-Zitatenschatz

In der Geschichte der Bundesrepublik waren die Jahre 1951/52 eine wesentliche Zäsur. Nachdem bereits im Ergebnis des Eintretens für das „Versorgungsrecht“ der Berufssoldaten zwischen 1946 und 1949 im Jahre 1950 der „Bund versorgungsberechtigter Wehrmachtangehöriger“ (BvW) gegründet worden war, begannen sich 1951 ehemalige Wehrmacht- und SS-Angehörige in einer Vielzahl von Verbänden und Gemeinschaften zu organisieren, öffentliche Soldatentreffen durchzuführen und lautstark ihre Rehabilitierung zu fordern. Dem kam Konrad Adenauer entgegen. Er war aus wahltaktischen und strategischen Überlegungen, insbesondere aus der Sicht des angestrebten westdeutschen „Verteidigungsbeitrages“, bereit, den ehemaligen Berufssoldaten erhebliche Konzessionen zu machen, um sie für seine Politik zu gewinnen. Im Dezember 1952 verlas er im Bundestag anlässlich der zweiten Lesung des EVG-Vertrages, begleitet von erregten Zwischenrufen kommunistischer und sozialdemokratischer Abgeordneter, eine Ehrenerklärung für die deutschen Wehrmachtssoldaten, die als „Waffenträger unseres Volkes ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft“ hätten. Es ist das Ziel der vorliegenden breit gefächerten Untersuchung, die vollzogene Rehabilitierung der Berufssoldaten der Wehrmacht, als Politik der Ehre“ betrieben, als politischen Prozess darzustellen und damit einen Beitrag zur Geschichte der deutschen Funktionsebenen im Übergang vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik zu leisten. „Unter ihrer Rehabilitierung“ schreibt der Autor, „verstanden die Interessenvertreter der Soldaten eine standesgemäße Versorgung, die Beendigung ihrer ‚Diffamierung‘ durch Prozesse gegen deutsche Soldaten und militärisch öffentliche Diskurse, sowie die öffentliche Anerkennung ihres Dienstes“ als Dienst für die Nation. Schuldzuweisungen an die Adresse des Offizierskorps wurden strikt zurückgewiesen. „Auch

nach der von ihnen mit zu verantwortenden nationalen Katastrophe von 1945 waren die alten Eliten immerhin noch stark genug, erhebliche Gegenleistungen für ihr politisches Wohlerhalten einzufordern.“ Ihre Integration war daher „ohne erhebliche materielle und ideelle Zugeständnisse wohl nicht zu bewerkstelligen“ und wäre „ohne alliierte Aufsicht gewiss noch weitaus höher ausgefallen“. Die Gründung des „Verbandes deutscher Soldaten“ (VDS) und der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“

wurden, die dann auch alsbald zur Verfolgung der linken Kritiker dieser Rechtsentwicklung der Bundesrepublik überging, wovon nicht nur das Verbot der KPD und die zahlreichen Berufsverbote zeugte.

Die „Rehabilitierung der Berufssoldaten als Angebot bürgerlicher Integration“ schloss auch, wie im letzten Kapitel belegt, die Werbung der Politik um die „politischen Soldaten der Waffen-SS“ ein, die seit 1952 zunehmend ins Zentrum der Rehabilitierungspolitik rückte. Selbst der SPD-Vorsitzende Kurt Schu-

friedigung, die öffentliche Rehabilitierung und gesellschaftliche Anerkennung einer Funktionsebene möglich, die eng mit dem nationalsozialistischen Regime verbunden gewesen war“. Ihrer Nutzung für den Aufbau der Bundeswehr stand innenpolitisch kein unüberwindliches Hindernis mehr gegenüber.

Dem zeitgeschichtlich gebildeten ehemaligen DDR-Bürger sind die wesentlichen Merkmale dieser frühen Entwicklung der BRD nicht unbekannt. Er kennt die hierzu reichlich vorliegende DDR-Literatur, die jedoch der Autor total ignoriert hat. Sein Literaturverzeichnis enthält nicht eine einzige DDR-Publikation. Ebenso bleiben die völkerrechtlichen Festlegungen der Potsdamer Konferenz zur Nachkriegsgestaltung Deutschlands unbeachtet und sind daher auch nicht im Quellenverzeichnis aufgeführt. Kritisch zu hinterfragen ist auch die Auffassung zur Bedeutung der Elitenkontinuität für das Verständnis der westdeutschen Demokratiegründung, die mehr oder weniger aus der Sicht einer liberal-funktionalistischen Deutung die „Belastungen der Bundesrepublik durch die nationalsozialistische Vergangenheit als äußerst gering“ bewertet.

Auch wenn man das Buchkonzept des Verfassers kritisch betrachtet, so vermittelt jedoch sein Buch aufschlussreiche Details über die Entwicklungen der frühen Bundesrepublik, und das in einer Zeit, in der Woche für Woche braune „Kameradschaften“ aufmarschieren dürfen und die offizielle Verwendung der faschistischen Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ vom BGH als nicht strafbar beurteilt wurde. Die „nahezu bruchlose Überführung der NS-Elite in die neue Demokratie“ trägt auch heute noch ihre braunen Früchte.

• KURT SCHNEIDER

Bert-Oliver Manig: *Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik.* Wallstein Verlag, Göttingen 2004. 633 Seiten, 50 Euro

ANNOTIERT

Lexikon der Gerechten unter den Völkern. Deutsche und Österreicher. Hrsg. Israel Gutmann, Sara Bender, Daniel Fraenkel und Jakob Borut. Nachwort von Horst Köhler. Wallstein Verlag, Göttingen 2005. 374 Seiten, 24 Euro

Yad Vashem, errichtet nach einem israelischen Gesetz von 1953, ist die Gedenkstätte für die Helden und Märtyrer des Holocaust. Dafür wurde der Titel der „Gerechten unter den Völkern“ für Menschen eingeführt, die während der Shoah ihr eigenes Leben für jüdische Mitbürger riskiert hatten. Diese Auszeichnung wird nach einem mehrphasigen Entscheidungsprozess verliehen, bei dem u. a. mehrere Zeugen aussagen müssen.

Dem Vorwort, verfasst von Avner Shalev, Vorsitzender des Yad Vashem Vorstandes, und einer allgemeinen Einleitung der Herausgeber, folgen die Personeneinträge.

Die Mitte ist rechts von links. 600 flach- und tiefgründige Weisheiten aus der Welt der Politik. Zusammenstellt von Frank Langenfeld. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2005. 142 Seiten, 5,95 Euro.

Neben skandalösen Entgleisungen und üblen Beschimpfungen, den berühmten Zwischenrufen von Herbert Wehner und anderen Szenen aus dem Bundestag findet der Leser Weisheiten, die auf ein ungewöhnliches Bildungsniveau schließen lassen: „Die Mehrheit der deutschen Frauen ist weiblich“ (Helmut Kohl), „In der Realität gibt's das auch in der Wirklichkeit“ (Gerhard Schröder), „Nordrhein-Westfalen ist wahlentscheidend, der Osten ist wichtig. Wird nach meiner Meinung aber überschätzt. Da wohnt keiner mehr“ (Franz Maget, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag), „Wir haben die Talsohle erreicht, und wir haben sie in Freiheit erreicht. Das ist eine phantastische Sache“ (Helmut Kohl). Wahrlich, ein Büchlein, das Einsichten vermittelt. • K. SCH.

Anzeige

Verkaufe 40 Bände Marx/Engels-Werke. Interessenten bitte melden unter: 0341 / 21 31 852

Wie Wehrmacht und SS in der BRD ihre Heimat fanden

(HIAG) als Interessenvertreter der Waffen-SS, der Ruf der Politik nach der Kriegsgeneration, die Konjunktur des Soldatennationalismus u. a. m. ließ das Jahr 1951 zum „Jahr des Soldaten in der Geschichte der Bundesrepublik“ werden, bezeichnet als „Militarisierung der politischen Kultur“. Die Remilitarisierung (ein vom Autor nicht gebrauchter Begriff) der Bundesrepublik hatte begonnen.

Auf die „personelle Kontinuität zum Nationalsozialismus, welche die bundesrepublikanische Gesellschaft in weiten Bereichen bis in die 60er Jahre hinein prägte“, hinweisend, ebenso die Diskussion bis Ende der 70er Jahre, „ob ein ehemaliges NSDAP-Mitglied zum Staatssekretär, Minister, Bundeskanzler oder Ministerpräsidenten taugt“, beachtend, sieht der Autor dennoch kritisch die Tauglichkeit der neuen Rahmenbedingungen darin, dass es möglich war, „die funktionellen und intellektuellen Eliten nahezu bruchlos in die Demokratie zu überführen“. Er vermeidet es, davon zu sprechen, dass damit die braunen Wurzeln dieser halbherzigen Demokratie und ihrer Institutionen gelegt

macher suchte aus wahlpolitischen Interessen den Kontakt zur HIAG. Im Oktober 1951 kam es zu einem von Herbert Wehner vermitteltes Gespräch mit SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Otto Kumm. Oberleutnant i. R. Helmut Schmidt bekundete in „Wiking-Ruf“, „dass er immer das Gefühl besonderer Zuversicht gehabt habe, wenn eine Division der Waffen-SS neben seiner Einheit lag“. Die weitreichende Rehabilitierung des Offizierskorps der Wehrmacht und der Waffen-SS, verbunden mit der zugestandenen „soldatischen Ehre“ – eine Entwicklung, der die SPD keinen ernsthaften Widerstand leistete – nährte nationalistische Stimmungen und stärkte letztlich das bürgerliche Lager, insbesondere die CDU. Der Autor verweist abschließend darauf, dass die offizielle öffentliche Rede von der „Ehre der Wehrmacht“ eine solche Kraft und Allgegenwart gewann, „dass sie tief in das Bewusstsein der Menschen eindrang und ein erhebliches Maß an Nonkonformismus erforderte, öffentlich Widerspruch einzulegen“. Diese umfassende Stimmungslage „machte erst die materielle Be-



Der neue Sakowski ...

... ist ein alter Bekannter: *Wege übers Land* zog ein Millionenpublikum bereits als Fernseh-mehrteiler in den Bann. Die Geschichte von Gertrud, die auf einem Mecklenburgischen Hof knechtet, sich in den Strudel des Lebensraumes im Osten ziehen lässt, bewegt und verunsichert zugleich. Sie ist eine Frau, die vom kleinen Glück träumt, eine eigene Scholle Land soll es sein, nicht mehr buckeln müssen für die Großbäuerin. Der Traum vom Land wird wahr:

Die verbrecherische Lebensraumpolitik, der Weltkrieg bringt sie vorerst ans Ziel. Ein Hof wird einer polnischen Bauernfamilie geraubt. Danach Flucht. Rückkehr nach Mecklenburg. Neuanfang. Bodenreform. Helmut Sakowski zeichnet uns ein stürmisches Zeitenbild, mit Licht und Schatten, mit Liebe, Tod und Leidenschaften. Dabei ist es kein Abschreiben des Drehbuches (u. a. Ende der 60er im Mitteldeutschen Verlag und Mitte der

80er im Henschel-Verlag erschienen), sondern ein eigenständiges künstlerisches Werk, das Lust auf Erkundungen in den Biographien der Familien macht, um – als zum Glück Spätgeborener – nachzufragen und zuzuhören. Die Romanfiguren überzeugen durch ihre Vielschichtigkeit. Sie sind mal feingeschliffen, mal grobschlächtig. Das große Ganze, die Urfragen der Menschheit nach dem Gut und Böse, nach dem freien Willen und Zwängen, nach Herzensfrieden – sie werden einer Antwort näher gebracht. Kein Ja oder Nein, sondern ausgewogen und differenziert. Er dirigiert sein Wort-

orchester ohne Simplifizierung, mit einem spielerischen Geschick für Komplexität und Sinnlichkeit. Das Familienschicksal, zugleich Spiegel deutscher Geschichte, bewegt auf seltsame Weise. Sie sind uns nahe: Gertrud und Willi Heyer, die Pflegekinder Mala, Stefan und Peter. Irgendwie gehören sie zu unserem Leben, sitzen unsichtbar an den Familientischen. Wie wird es ihnen ergehen? Sprich: Wann gibt es eine Fortsetzung? • D. M.

Helmut Sakowski: *Wege übers Land. Roman.* Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2005. 288 Seiten., br., 7,95 Euro

KALENDERBLATT

Vor 20 Jahren gestorben

Wolfgang Abendroth

Am 15. September jährt sich zum 20. Mal der Todestag von Wolfgang Abendroth; am 2. Mai 2006 wird sein 100. Geburtstag sein. Abendroth war neben Rosa Luxemburg, Franz Mehring, August Thalheimer, Jürgen Kuczynski u. a. einer der klügsten, produktivsten und weitblickendsten theoretisch-strategischen Köpfe der marxistischen Linken im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Er war wie Rosa Luxemburg ein Sozialist, für den die marxistische Analyse sich stets mit politischer Handlungsorientierung und eigenem politischem Handeln verband. Im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam macht sein Nachlass fast 20 Meter aus. Seine Gesamtbibliographie umfasst 1450 Veröffentlichungen. Eine Werkausgabe ist in Vorbereitung.

Die politische Bibliographie Abendroths macht seine ungewöhnliche politische Standhaftigkeit, aber auch sein Verständnis des politischen Kampfes für den Sozialismus als Kampf für die Interessen der Lohnabhängigen deutlich: gegebenenfalls auch quer zu allen bestehenden linken Organisationsstrukturen, allerdings niemals gegen diese eifemd. Abendroth wurde in Elberfeld geboren. Mit 17 Jahren trat er der KPD bei. Er studierte Jura und legte 1930 sein juristisches Referendarexamen ab. 1929 schloss er sich der KPO an. Nach 1933 gab er illegal einen linken Pressedienst heraus. 1937 erfolgte seine Verhaftung und Verurteilung wegen Hochverrats zu vier Jahren Zuchthaus. Ab Januar 1947 war er (als SPD-Mitglied!) Leiter der Gesetzgebungsabteilung des Brandenburger Justizministeriums. Als Professor hielt er Vorlesungen in Halle, Leipzig und Jena. 1948 verließ er die sowjetische Besatzungszone, nicht ohne in einem Brief an Hilde Benjamin zu schreiben, „niemals irgendeiner antikommunistischen Position Handlangerdienste zu leisten“. Von 1951 bis 1972 war er Inhaber des Lehrstuhls für wissenschaftliche Politik an der Phillips-Universität Marburg und bis zu seinem Ableben aktiver Mitstreiter der abhängig Beschäftigten für politische Selbstständigkeit. In seinen Vorlesungen, Veröffentlichungen und politischen Stellungnahmen ging es ihm um eine höchst aktuelle Aufgabe: „um eine politische Theorie, die die Gesamtstruktur der Gesellschaft sichtbar macht und ihre Widersprüche erhellt, aber aus der Entfaltung dieser Widersprüche die Möglichkeit humanitärer Umstrukturierung der Gesellschaft dartut“.

• EKKEHARD LIEBERAM

Vor 15 Jahren: Das Zwei-plus-vier-Abkommen - Schlussstrich unter Nachkriegsperiode und Kalten Krieg**Weichenstellung für die neue Bundesrepublik**

Im Ergebnis der am 5. Mai 1990 in Bonn begonnenen Zwei-plus-vier-Gespräche der Außenminister der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte kam es am 12. September 1990 in Moskau zur Unterzeichnung des Zwei-plus-vier-Vertrages, des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland. Für die BRD unterzeichnete Außenminister Genscher, für die DDR deren letzter Ministerpräsident, Lothar de Maizière. Nach dem Ausstieg der SPD-Minister aus der letzten DDR-Regierung hatte de Maizière das Außenministerium mit übernommen.

Was beinhaltete der Zwei-plus-vier-Vertrag?

- Im Artikel 1 wurde festgelegt: Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag. Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben. Deutschland verzichtete auf strittige Gebiete in den ehemaligen Ostgebieten und der Tschechoslowakei. Entsprechende Verträge hatte die DDR bereits 1950 mit den östlichen Nach-

barländern abgeschlossen.

- Das vereinte Deutschland verzichtet auf atomare, biologische und chemische Waffen und reduziert binnen vier Jahren die Streitkräfte auf 370 000 Mann.

- Die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands erklären das Ende aller Vorbehaltsrechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland, die sich aus dem Abschlussdokument von Potsdam ergeben hatten. Bei dieser Gelegenheit wurde übrigens letztmalig Bezug genommen auf den völkerrechtlichen Charakter des Potsdamer Abkommens.

Was war dem Vertragsabschluss vorausgegangen?

Nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 orientierte sich die Regierung de Maizière auf den raschen Anschluss der DDR an die Bundesrepublik gemäß Artikel 23 ihres Grundgesetzes. Mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – ohne vorangegangene Bestandsaufnahme – und der Einführung der D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel hörte die DDR faktisch auf zu bestehen.

Bei den Gesprächen zwischen Bundeskanzler Kohl und Staats-

chef Gorbatschow in der Datsche im Kaukasus, den bekannten Strickjackengesprächen, fiel das letzte Hindernis auf dem Weg zur deutschen Einheit nach dem Muster der durch die Unionsparteien und FDP geführten Bundesregierung. Die Angst um die marode gewordene Sowjetunion im Nacken ließ Gorbatschow die DDR fallen wie eine heiße Kartoffel. Er gab die seit der Endphase des Zweiten Weltkrieges verfochtene Konzeption von einem neutralen, befriedeten Deutschland im Herzen Europas auf. Helmut Kohl ergriff den Mantel der Geschichte, wie er sich ausdrückte, und verkündete die verbindliche Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands zur NATO. Die sowjetischen Truppen sollten innerhalb von drei bis vier Jahren aus Ostdeutschland abgezogen werden. (Das ist auch geschehen. Die westalliierten Truppen sind 15 Jahre nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands noch präsent.) Mögliche Regelungen für einen respektvollen Umgang mit DDR-Funktions- und Amtsträgern und der Verzicht auf Strafverfolgung ihnen gegenüber unterblieben. An getroffene Vereinbarungen über die Respektierung bestimmter grundlegender Gesetzesregelungen – beispielsweise über die Ergebnisse der Boden-

reform in der sowjetischen Besatzungszone 1945/46 und über Bildungsabschlüsse in der DDR – konnte sich Gorbatschow nicht mehr erinnern, nachdem er sich als Starredner im großbürgerlichen Leben etabliert hatte.

Am 31. August 1990 unterzeichneten Schäuble und Krause den „Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands“, den Einigungsvertrag.

Welche Bedeutung hat das Abkommen?

Mit dieser Vertragsunterzeichnung und dessen raschem Inkrafttreten wurde völkerrechtlich der Schlussstrich unter den Zweiten Weltkrieg und den Kalten Krieg gezogen. Letzterem war geschuldet, dass es nie zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland gekommen war.

Das Zwei-plus-vier-Abkommen symbolisierte das Ende des Gegenüberstehens zweier Militärblocke mitten in Deutschland, und zwar der stärksten und gefährlichsten, die es je gab. Danach konnte der Alpdruck von den Völkern genommen werden, der sie akut mit dem Untergang in einem atomaren Inferno bedrohte. Damit war zugleich die fast fünfzigjährige Nachkriegsperiode beendet. Die Möglichkeiten, diesem Zeitabschnitt eine feste Friedensordnung folgen zu lassen, sind allenfalls in Ansätzen genutzt worden (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE, Europäische Union). Ein hauptsächliches Hindernis für einen derartigen Weg stellt der Umstand dar, dass die gesellschaftlichen Interessen der Macht der Hochfinanz, der Global Players, untergeordnet sind.

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit wurde dazu genutzt, um die Macht dieser Kreise und der sie stützenden Politiker zu stärken. Ihre neoliberale Politik erfordert den langwierigen Kampf um eine Politik für soziale Gerechtigkeit. • WINFRIED STEFFEN



Bei der Unterzeichnung des Abkommens (von links): J. Baker (USA), D. Hurd (GB), E. Schewardnadse (UdSSR), R. Dumas (F), L. de Maizière (DDR), H.-D. Genscher (BRD)

Moskau – Bonn – Berlin, September 1955

Zwei Ereignisse vor 50 Jahren, markierten wichtige Einschnitte in den Beziehungen der Sowjetunion zu den beiden deutschen Staaten und in deren weitere Entwicklung: der Besuch Adenauers in Moskau am 13. September und die Übertragung von Souveränitätsrechten, die sich die UdSSR bis dahin vorbehalten hatte, an die DDR am 20. September.

Mit der Ablehnung der Stalin-Noten von 1952, durch die West-

mächte, in der Wege zur staatlichen Einheit Deutschlands vor-

gezeichnet worden waren, sowie mit der Einbeziehung der Bundesrepublik in NATO und Westeuropäische Union, die die Einbeziehung der DDR in den Warschauer Pakt nach sich zog, hatte sich die deutsche Zwei-

staatlichkeit dermaßen verfestigt, dass der Weg zur Einheit für lange Zeit verstellt war. Die Bundesrepublik unter Adenauer hatte lange gezögert, aus dieser von ihr betriebenen Entwicklung reale völkerrechtliche Konsequenzen zu ziehen. Bei seinem Besuch in Moskau, bei dem er die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen erwirkte, konnte Adenauer den Realitäten nicht länger ausweichen. Er musste der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion zustimmen. Es war de facto ein erster Schritt zur Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der BRD. Der unmittelbar darauf abgeschlossene Vertrag zwischen der DDR und der UdSSR räumte der

DDR weitestgehende Souveränitätsrechte in ihrer Innen- und Außenpolitik ein und stellte die Stationierung sowjetischer Truppen auf eine neue, vertragliche Grundlage.

Damit war die Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten weitgehend in deren eigene Hände gelegt. Allerdings sollte es noch 17 Jahre dauern, bis die BRD ihren Alleinvertretungsanspruch, fixiert in der Hallstein-Doktrin, aufgab und diplomatische Beziehungen zwischen DDR und BRD auf der Basis des Völkerrechts hergestellt wurden. • L.



Von
**KLAUS
HUHN**

Wer behauptet, der Kalte Krieg sei vor Jahren zu Ende gegangen, lügt. Diese Feststellung gilt für alle Branchen unseres Lebens und demzufolge auch für den Sport. Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Kreuzritter-Legion nicht die scharfzungen „Stasi“-Schwerter hervorholt und um sich schlägt. Jüngstes Beispiel sind wilde Hiebe, die sich schon auf den ersten Blick als unflätiger Wahlkampf erweisen.

Die Linken wieder im Bundestag? Da sei Gott vor! Und deshalb marschieren die Teufel auf!

Konkret: Wie in der vorigen Ausgabe schon erwähnt, bewahrte die Neubrandenburgerin Franka Dietzsch durch ihre Goldmedaille die deutsche Leichtathletik vor der Blamage, in der Länderwertung in die Nähe der 45 000 Einwohner zählenden Antilleninsel St. Kitts und Nevis zu geraten. Hinterher sagte sie einige Wahrheiten und es war wohl auch die Rede vom Umgang mit Ostdeutschen – selbst wenn sie rettendes Gold holen. Ihr derzeit arbeitsloser Trainer Dieter Kollark fügte einiges hinzu. Das passte so gar nicht in die Wahllandschaft, also wurde einer der Männer fürs Grobe mobilisiert.

Es handelte sich um einen gewissen Giseler Spitzer und von dem wird gemunkelt, dass er in den Hochzeiten des Kalten Krieges bei einer Bundeswehrereinheit tätig war, die gegen die DDR im Äther operierte.

Seine heutigen Standardthemen sind angebliches Doping in der DDR und vorgebliche Aktivitäten des DDR-

Ministeriums für Staatssicherheit. Sogar die *Super-Illu* konfrontierte ihn mit der skeptischen Frage: „Viele stem-peln sie als Wichtigster ab, der es mit seinen Behauptungen nicht so genau nimmt. Was sind eigentlich Ihre Quellen?“ Darauf Spitzer: „Ich arbeite zu hundert Prozent wissenschaftlich nur mit harten Daten. ... Akten aus dem Ministerium für Staatssicherheit, Fotokopien von Arbeitsverträgen. Ich habe erschütternde Beweise für kriminelles Doping ...“

In der *Frankfurter Allgemeinen* zitierte er Kollark mit dessen „harten Daten“: „Karl-Heinz Steinmetz und ich haben seit 1992 bei Weltmeisterschaften über-

gehan ... Während nun also im Leichtathletik-Verband Stille herrscht, macht das unabhängige ‚Leichtathletik-Magazin‘ in seiner September-Ausgabe einige Details aus Kollarks Spitzeltätigkeit bekannt. In einem Editorial unter der Überschrift ‚Schluß mit der DDR-Nostalgie‘ setzt sich Chefredakteur Hans Reski mit Schwärmereien von der guten alten Zeit im Osten auseinander und weist auf die Doping-Problematik und die Bespitzelung der Sportler hin ...“ Sogar Katrin Krabbe wurde bemüht, wollte sich aber nicht äußern: „Das sei alles zwanzig Jahre her, läßt sie ausrichten. Sich noch einmal damit zu beschäftigen führe zu nichts. ... Der

chim Gauck dokumentiert?

Zitat (exakt übernommen): „Weiterhin wurde in diesem Zusammenhang Gauck gedankt für seine Initiativen für seine langfristige gute Zusammenarbeit und Durchführung des Kirchentages, ihm wurde auch gedankt für seinen hohen persönlichen Einsatz und dieser Dank wurde vom Mitarbeiter nicht nur aus persönlichen Gründen vorgebracht sondern ihm wurde auch deutlich zu verstehen gegeben, daß dieser Dank seitens des MfS an Gauck ergeht.“

Oder: „Gauck wurde durch den Mitarbeiter erklärt, daß die von ihm beantragten Einreise seiner in die BRD übergesiedelten Kinder durch die zuständigen staatlichen Organe zugestimmt wird und daß der Einreise seiner Kinder nichts mehr im Wege steht. Gauck zeigte sich bei dieser Äußerung des Mitarbeiters sehr bewegt ...“

Oder: „In diesem Zusammenhang fragte Gauck den Mitarbeiter, ob er seinerseits etwas dagegen hätte, wenn er ihn, wenn er ein Problem hätte, anrufen könnte und mit ihm ein Gespräch vereinbaren kann/könnte. ... Der Mitarbeiter sagte Gauck, dass die Telefonnummer ja im Telefonbuch steht ...“

Zweimal wurde das komplette Protokoll dieser Begegnung seit 1990 abgedruckt, einmal von der Hamburger *Die Welt* am 23. April 1991 und das zweite Mal in dem bei SPOTLESS 1996 erschienenen Taschenbuch 1996.

Gemeinhin druckt man derlei nämlich nicht...

Was sonst noch im Sport geschah? Wegen der 190-Millionen-Euro-Sperre der sächsischen Landesregierung mussten auch die Mittel für den Sport gekürzt werden. Vorerst um 850 000 Euro, hatte die LVZ am 18. Juli gemeldet. Aber derlei kann man ohnehin jeden Tag lesen. Im Vorfeld der Wahlen natürlich nur in knappen Nachrichten, aber danach – wer immer regiert – garantiert wieder ausführlicher.

Wenn natürlich auch nie so ausführlich wie „Stasi“-Akten ...

Sportkolumne

Die Wahl und die Männer fürs Grobe

fünfzig Prozent der Titel für den Deutschen Leichtathletik-Verband geholt.“ ... In Helsinki nutzte er eine Pressekonferenz des deutschen Verbandes, sich als verkannten Erfolgstrainer zu präsentieren. ... Frank Hensel, Generalsekretär des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV), reagierte nicht darauf. ... Die Funkstille hatte einen Grund. Beim DLV ist in Erinnerung geblieben, was die Tagespresse offenbar vergessen hatte: Kollark war unter den Decknamen Dieter Kröger und als IMAlexander für den Staatssicherheitsdienst der DDR aktiv gewesen. ... In seiner Funktion als stellvertretender SED-ParteiSekretär beim Sportclub Neubrandenburg sei er damit beauftragt gewesen, alle zwei Jahre bei den sogenannten Reisekadern über Unbedenklichkeitserklärungen zu befinden, sagte er. Er habe das aus Überzeugung

Staatssicherheitsdienst war so zufrieden mit Kollark, daß er ihn ‚als Reservisten für die personelle Ergänzung‘ im Krisenfall ... einzusetzen plante. ... Im Helsinki von 2005 fühlte sich Kollark auch zu dieser Klage berufen: ‚Für materielle Dinge ist immer Geld da, aber für die Menschen nicht. Das ist ein Widerspruch in unserem System, den ich einfach nicht begreifen kann.‘“ Derlei konstatiert so mancher Arbeitslose, aber die Spitzer-Attacke sollte alle lehren: „Halts Maul, wenn Du keinen Ärger kriegen willst!“ Im Notfall findet sich immer irgendwo eine „Akte“.

Wohl gemerkt für die, die Kritik am jetzigen System üben oder sogar die DDR rühmen. Oder haben Sie irgendwo in den letzten Wochen Zitate aus der Akte gelesen, die das Treffen des Hauptmann des MfS Terpe am 28. Juli 1988 mit Joa-

KURT TUCHOLSKY:

„Der geschickte Journalist hat eine Waffe: das Totschweigen – und von dieser Waffe macht er oft genug Gebrauch.“

Wir von LN schreiben, was andere verschweigen!

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
 Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Ausgefüllten Bestellschein bitte an
LEIPZIGS NEUE,
Braustraße 15, 04107 Leipzig
 schicken

Heucheln müsste man ...

Bundeskanzler Schröder hat den Irakkrieg der amerikanischen Aggressoren strikt abgelehnt.

Er wird für den Friedensnobelpreis nominiert.

Ich habe den Krieg auch strikt abgelehnt. Ich möchte auch einmal für den Friedensnobelpreis nominiert werden.

Kanzler Schröder hat die amerikanischen Aggressoren mit Technik unterstützt. Ich habe dies strikt abgelehnt. Ich möchte zweimal für den Friedensnobelpreis nominiert werden.

Bundeskanzler Schröder hat den amerikanischen Aggressoren die Basis in D gestärkt. Ich habe dies strikt abgelehnt. Ich möchte dreimal für den Friedensnobelpreis nominiert werden.

Heucheln bringt mehr ein?

ANDREAS HERRMANN
www.ah-variabel.de

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion

In der LN-Ausgabe 12/2005 erinnerte D.Kürschner in „Was sich hinter Leipziger Straßennamen verbirgt“ an Leonhard Frank. Am 4. September 2005 wäre der Schriftsteller 123 Jahre alt geworden. Da er zu meinen Lieblingsautoren gehört, habe ich nicht nur alle seine Werke gelesen, sondern bin auch stolze Besitzerin der sechsbändigen Ausgabe des Aufbau-Verlags. Nach der Wende wollte ich mich unbedingt auf die Spuren der *Rüberbande*, des *Ochsenfurter Männerquartetts*, der *Jünger Jesu* und der *Mathilde* begeben. Also besuchten mein Mann und ich Würzburg. Während des zweiten Weltkrieges fast völlig zerstört, ist die Stadt heute wieder ein Touristenmagnet. Der lebhaften, liebevollen und eindringlichen Schilderung in

Christine Ostrowski begründete den Verkauf von Wohnungen der Dresdner WOBA: Entweder Verkauf, oder das kulturelle, sportliche und soziale Dresden kommt zum Erliegen: „Eine tote Stadt halte ich für die wirkliche Katastrophe.“

Bleibt da unsereinem, der nicht Experte ist, die Chance, noch Fragen zu stellen? Kann es sein, dass Dresden sich als bisher erste und einzige Stadt der Welt in einer alternativlosen Lage befindet? Wie konnte es geschehen, dass die Stadt in diese Lage geraten ist? Gibt es da keine Ursachen und Verantwortlichen? Wird da nicht das „Tafelsilber“ verscherbelt, das es nur einmal gibt? Ist denn das nicht das Erbe der maroden DDR, das Dresdner in mühseliger und langwieriger Arbeit aus den Trümmerbergen nach 1945

Erlebt in Würzburg

wo die Herzen besser nicht links schlagen

Franks Romanen über Würzburg folgend, fanden wir recht schnell die Brücke über den Main mit ihren „Brückenheiligen“, schauten zur Festung hinauf, die wuchtig und bedrohlich auf die Stadt herunter blickt, aber das Geburtshaus Leonhard Franks fanden wir nicht. Nachgefragt im Informationszentrum, schüttelte eine junge Angestellte den Kopf, sie könne uns nicht helfen. Erst nachdem eine ältere Mitarbeiterin um Hilfe gebeten wurde, erklärte uns diese, dass Franks Geburtshaus während des Krieges von Bomben zerstört worden sei, aber an

einem unbeschädigten Nachbarhaus eine Gedenktafel hing. Die Gedenktafel erwies sich als unauffällig und wurde der Bedeutung Leonhard Franks für die deutsche Literatur keinesfalls gerecht.

Aber wen wundert das? Schließlich befanden wir uns in Bayern und dort sind Menschen, deren Herzen links schlagen (L. Frank: *Links, wo das Herz schlägt*), nicht besonders beliebt.

Dafür baut man am Palais des Fürstbischofs ununterbrochen, um es im alten Glanz wieder er stehen zu lassen. Der Würzburg

nah gelegene Ort Ochsenfurt bemüht sich allerdings, in einem kleinen Museum seinen „Heimatschriftsteller“ zu würdigen.

Erinnern möchte ich daran, dass im Deutschunterricht der Klassenstufe 9 der Polytechnischen Oberschule im Rahmen der Exil-Literatur Leonhard Frank, der vor den Faschisten fliehen musste und dem die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, auszugsweise behandelt wurde.

Der DEFA-Film nach dem Roman *Die Jünger Jesu* (in den Hauptrollen Arno Wischniewski und wenn ich mich richtig erinnere, Angelika Domröse) wäre z. B. im Fernsehen ein aussagekräftiger Beitrag zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus gewesen!

BRIGITTE JANSEN, LEIPZIG

Dresden verkauft sein „Tafelsilber“

geschaffen haben? Muss nach der Ausplünderung durch die „Treuhand“ nun auch die persönliche Sphäre im Wohnbereich Gegenstand von Spekulationen werden? War da nicht das Ergebnis einer Volksabstimmung: Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein? Wer um alles in der Welt bringt Kinder und Kindeskinde um deren Erbe? Obwohl die WOBA der Stadt „Rendite“ brachte – 12,4 Millionen Euro in diesem Jahr, von denen 9 Millionen an die Stadt gehen –, wird auf künftige ständige Einnah-

men verzichtet? Wer verschenkt eine Kuh (außer einem Einfaltspinsel im Märchen), die ihm Milch geben kann? Wer darf auf eine „Sozialcharta“ verweisen, die im Stadtrat keine Mehrheit fand?

Kurz: Warum müssen Linke dem zustimmen, wo doch der Widerstand zur weiteren Privatisierung zu ihren (Wahl-)Versprechen gehört? Wer für den Verkauf ist, sollte wenigstens so ehrlich sein, wie es Angela Merkel ausnahmsweise in einem Falle war: „Wir, das ist die Wahrheit, leben seit langem von der Substanz. Für diese bittere Wahrheit haben die, die in der früheren DDR gelebt haben, durch leidvolle Erfahrung ein sehr feines Gespür entwickelt.“ (zitiert nach *Spiegel* 28/ 2005)

HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Das utopische Ziel der Steuersenkungen in Bund und Ländern bei gleichzeitigem Abbau der Verschuldung der öffentlichen Hand, kann von den Kommunen nur erreicht werden, wenn sie drastische Einsparungen in ihren Haushalten anstreben. Die Städte und Gemeinden erhalten immer weniger Geld und konkurrieren mit anderen Kommunen, während sie sich als ein idealer Wirtschaftsstandort mit optimalen Rahmenbedingungen präsentieren müssen, also auch frei von sozialen Brennpunkten.

Die Verlierer der sozialen Marktwirtschaft werden zahlreicher und ein Ende ist nicht abzusehen. Die Arbeitslosengeld- und Sozialhilfeempfänger, auch die Obdachlosen werden nicht allzu gern in der Öffentlichkeit wahrgenommen, denn die Innenstädte richten sich immer stärker

Armut stört

ker nach den Bedürfnissen einer finanzstarken Oberschicht. Kontrollierte Konsumtempel und Freizeitlandschaften sind real gewordene Traumwelten von heute, in denen leicht alles, was nicht harmoniert, ausgeblendet wird. Die dauerhafte Präsenz von Randgruppen wird nicht nur als störend empfunden, sie gelten schlichtweg als imageschädigendes Verkaufshindernis.

Im Auftrag ortsansässiger Unternehmen und der Städte sammelt die örtliche Polizei Bettler und Obdachlose ein, die von der sogenannten solventen Klientel als Belästigung und Bedrohung wahrgenommen werden.

Private Sicherheitsdienste und Schwarze Sheriffs übernehmen die Aufgaben der Polizei bei der Vertreibung der Obdachlosen aus den öffentlichen Räumen. Was wir zur Zeit erleben, ist der Kampf um die Besetzung des öffentlichen Raumes. Wer hier präsent sein darf, bestimmt die gesellschaftliche Befindlichkeit. Grundrechte von Randgruppen unserer Gesellschaft werden bewusst beschnitten. Gerade im Wahljahr wollen die Politiker Law and Order auf dem Rücken der Obdachlosen für den Wähler anschaulich darstellen, um auf billige und einfache Art Wählerstimmen zu sammeln. Anstatt die Armen in Deutschland zu bekämpfen, sollte der Armut in Deutschland der Kampf angesagt werden.

MAXIMILIAN MEURER, LEIPZIG

Mit einer stattlichen Reihe neuer Gesetze und ausgeweiteten Möglichkeiten der staatlichen Repressionsorgane wird immer vehementer gegen linke Projekte, Zusammenschlüsse und Einzelpersonen vorgegangen. Wir setzen etwas dagegen: Organisierte linke Solidarität – Die Rote Hilfe Ortsgruppe Leipzig

Der größte Erfolg staatlicher Repression ist es zu vereinzeln. Immer wieder wird versucht, Individuen aus den Gruppen zu lösen, mit denen sie auf der Straße gegen Unterdrückung und Ausbeutung und für ein menschenwürdigeres, emanzipiertes Leben gekämpft haben. Menschen werden für ihre Arbeit in linken Gruppen und Projekten angeklagt und sind vielfach mit der Zerstörung ihrer sozialen Existenz bedroht. Der Staat versucht so nicht nur, politisch aktive Linke zu isolieren und sie die ganze Härte des Repressionsapparates spüren zu lassen, sondern sie auch zu kontrollieren und einzuschüchtern. Der Einzelne soll seine Handlungsmöglichkeiten soweit einschränken, dass er in Zukunft weitere Aus-

Rote Hilfe Leipzig

Solidarität ist eine Waffe

einandersetzungen meidet.

Um uns in dieser Situation unsere Handlungsfähigkeit zu erhalten, ist es notwendig, jedem, der staatlicher Verfolgung ausgesetzt ist, solidarisch beizustehen. Die Rote Hilfe tut dies durch finanzielle Hilfen (z. B. Rechtsanwalts- und Verhandlungskosten etc.) und durch Betreuung der Betroffenen – durch Prozessbeobachtung, Veröffentlichungen über die Fälle, Informationsveranstaltungen, Solipartys und aktiver Zusammenarbeit mit den einzelnen Personen. Zudem betreut die Rote Hilfe politische Gefangene in deutschen Gefängnissen, vermittelt Kontakt zu diesen, fordert deren Freilassung und die Einstellung der Verfolgung.

Um strömungsübergreifende Solidaritäts- und Antirepressionsarbeit vor Ort zu leisten hat sich Ende Juli die Rote Hilfe Ortsgruppe Leipzig gegründet. Für uns ist vor allem der Anspruch wichtig, einem brei-

ten linken Spektrum solidarisch beizustehen, auch wenn wir die jeweilige politische Einstellung vielleicht nicht bis zum Äußersten teilen. Solange Handlungen einen erkennbaren linken politischen Hintergrund haben, muss solidarisch gegen die staatliche Repression gehandelt werden. Wir wollen deshalb auch versuchen, Öffentlichkeit zu schaffen, wo es angebracht ist. Vor allem wollen wir innerhalb der Linken zur Information über aktuelle Repression beitragen.

In den letzten Jahren sind vor allem in Leipzig und Sachsen einige Gesetze und ausgeweitete Überwachungsmöglichkeiten entstanden, über die wir informieren wollen. Wir wollen über Repressionsstrategien, Rechte, Bewegungen außerhalb Leipzigs und deren Pläne und Probleme etc. Informationen bieten. Vor allem jungen oder unerfahrenen Menschen wollen wir so zur Seite stehen, damit diese nicht

nach der ersten Aktion und vielleicht ohne festen Zusammenhalt allein dastehen.

Eine weitere Hauptaufgabe soll es für uns sein, eine effektive Demo-Nachbetreuung und eventuelle Prozessbegleitung auf die Beine zu stellen. Unser Aufgabenfeld soll dabei, neben der Betreuung des Einzelnen, eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit sein. Zudem werden wir versuchen, ergänzend zu den bestehenden Strukturen, Anwälte und rechtliche Hilfe zu vermitteln. Wir wünschen uns dabei eine Zusammenarbeit mit bestehenden Gruppen, vor allem auch im Bereich der MigrantInnenunterstützung. Außerdem sind wir der Ansprechpartner vor Ort in Bezug auf Unterstützungsanträge an die Rote Hilfe.

Das alles klappt natürlich nur durch Mithilfe jedes Einzelnen!

Solidarität ist eine Waffe!

ROTE HILFE E.V. LEIPZIG
Kontakt über Liebknecht-Haus Leipzig
Braustr. 15 04107 Leipzig
leipzig@rote-hilfe.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN****Dienstag, 20. September, 18 Uhr, Leipzig**Vortrag und Diskussion: *Brecht – ein Marxist? Oder: Brechts Marxismus.* Mit Prof. Dr. Thomas Marxhausen, Halle. Moderation: Dr. Jürgen Stahl Harkortstr. 10**Donnerstag, 22. September, 17.30 Uhr, Leipzig**Vortrag und Diskussion: *Russische Asienpolitik.* Mit Dr. Wolfgang Grabowski, Berlin Harkortstr. 10

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

BUCHHANDLUNG RIJAP**Literatur für SIE****Im August neu bei uns:**

Jeffrey D. Sachs: Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt. Siedler, 24,90 Euro

Christa Luft: Wendeland. Fakten und Legenden. Aufbau, 8,50 Euro

Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei – Ursprünge, Ziele, Erwartungen. Rosa-Luxemburg-Stiftung Texte, Bd. 23, Dietz, Berlin, 9,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage, 04159 Georg-Schumann-Str. 171**Filiale Eutritzscher Zentrum**, 04129 Wittenberger Str. 83**Filiale Büchermarkt Mockau Center**, 04357 Mockauer Str. 123**Carl-Schorlemmer-Apotheke**

Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner

Fachapotheker für

Allgemeinpharmazie

Karlsruher Straße 54

04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58

Arzneimittel-Information

Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91

Büro / Apothekenleiter

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren.

Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10a, 04103 Leipzig, statt.

Campa Companera

Liebknecht Haus, Braustr. 15

11. 9., 19.30 Uhr, Veranstaltung mit Sarah Wagenknecht**14. 9., 19 Uhr**, Diskussion mit Sabine Zimmermann, gewerkschaftl. Kandidatin der Linkspartei**Wahlveranstaltung**

der Partei Die Linke.PDS

13. 9., 18.30 Uhr: Anhörung zu Hartz IV, Volkshaus, Karl-Liebknecht-Str., ver.di-Saal**AG „Soziale Politik“
gegründet!**

Als Bindeglied zwischen den sozialen Bewegungen und der Linkspartei.PDS-Leipzig wollen wir unsere Kräfte in der außerparlamentarischen Opposition bündeln und an der Verstärkung der gesellschaftlichen Resonanz auf eine alternative, soziale Politik zum Neoliberalismus mitwirken.

Wir rufen alle in den sozialen Bewegungen aktiven Mitglieder und Sympathisanten auf, sich mit ihren Erfahrungen und Ideen in die AG „Soziale Politik“ einzubringen!

Nächster Treff:**Dienstag, 20. 9., 16 Uhr
Liebknecht-Haus (Braustraße)****Wir gratulieren
unserer Genossin****Irmgard Polter***die am 6. September ihren
86. Geburtstag feiern konnte
und unserer Genossin***Irmgard Leitert***die am 11. September ihren
81. Geburtstag begeht
Beiden Genossinnen wünschen wir
alles erdenklich Gute*Eure Basisgruppe Löbnig II
der Linkspartei.PDS

Hoch ist nur das Haus, nicht die Miete.

**Gute Aussicht für alle neuen Mieter!
Dazu ungewöhnliche Grundrisse und
Extras wie Concierge-Service, High-Speed-Internet
und Telefonieren über Kabelanschluss.****Unsere 3-Raum-Musterwohnung wartet!****Gisela Becker auch:****Wintergartenstraße 2****Di. und Do. 13:00 - 18:00 Uhr****sowie nach Vereinbarung****Tel.: 0341 - 9 60 33 26****Funk: 0171 - 7 60 09 07****Zu Hause in Leipzig.**

**Man sollte wirklich öfter Tucholsky lesen.
Das erspart einem das Neuausdenken.
Aktueller, siehe auch Seite 1, gehts sowieso nicht.**

Kurt Tucholsky

Vor und nach den Wahlen

Also diesmal muß alles ganz anders werden!

Diesmal: endgültiger Original-Friede auf Erden!

Diesmal: Aufbau! Abbau! und Demokratie!

Diesmal: die Herrschaft des arbeitenden Volkes wie noch nie!

Diesmal.

Und mit ernstern Gesichtern sagen Propheten prophetische Sachen:

„Was meinen Sie, werden die deutschen Wahlen im Aus für Eindruck machen!“

Und sie verkünden aus Bärten und unter deutschen Brillen

– wegen Nichtkiekenkönnens – den höchstwahrscheinlichen Volkswillen. Sprechen wird aus der Urne die große Sphinx:

Die Wahlen ergeben diesmal einen, Ruck nach links.

So:

Diesmal werden sie nach den Wahlen den Reichstag betreten, diesmal werden sie zum Heiligen Kompromisius beten; diesmal erscheinen die ältesten Greise mit Podagra, denn wenn die Wahlen vorbei sein werden, sind sie alle wieder da.

Diesmal.

Und mit ernstern Gesichtern werden sie unter langem Parlamentieren wirklich einen Ruck nach links konstatieren.

Damit es aber kein Unglück gibt in den himmlischsten aller Weiten, und damit sich die Richter nicht am Zug der Freiheit erkälten, überhaupt zur Rettung des deutsch-katholischen-industriellen Junkergeschlechts, machen nach den Wahlen alle Parteien einen Ruck nach rechts.

So:

Auf diese Weise geht in dem deutschen Reichstagshaus alle Gewalt nebbich vom Volke aus.

1928

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Private Militärfirmen sind in 50 Staaten tätig. Sie arbeiten für die US-Regierung, für Drogenkartelle, das Rote Kreuz usw. 20 000 dieser „privaten Dienstleister“, wirken im Irak. Für sie gelten keine Gesetze und Regeln. Die Branche erwirtschaftet jährlich 100 Milliarden Dollar. DLF 11. 8.

In der nächsten Legislaturperiode kann man die Renten in ihrer Höhe sicher beibehalten. Danach sind schmerzhaft Eingriffe unvermeidlich.

Prof. Miegel, Rentenexperte
Bayerisches Fernsehen 11. 8.

Angst verkauft sich in der BRD besser als sachliche Aufklärung. In allen Medien wird die Angst geschürt. 12 Millionen Bundesbürger erkranken jährlich an einer Angststörung. ARD 11. 8.

80 % der Bevölkerung Äthiopiens sind Bauern. Nur für etwa 35 % der Kinder gibt es Schulen. 3sat 12. 8.

Für größere Aufträge von den Discountern werden die Rollmöpfe in Litauen oder in Polen gedreht, nicht mehr bei uns in Wismar. In unserer Manufaktur fertigen wir Rollmöpfe als Spe-

zialität nach einer 40 Jahre alten Rezeptur in kleineren Mengen.

Die Geschäftsführerin einer kleinen Firma.

MDR-Fernsehen 13. 8.

Ich wollte ja der Kubanerin (Weltmeisterin im Speerwerfen) eine vor den Latz braten.

BRD-Speerwerferin Nerius, 3. der Weltmeisterschaft, ARD 14. 8.

Seit der Wende haben Neonazis in der BRD 130 Menschen getötet. Die Mehrzahl waren keine Ausländer.

Der Gaza-Streifen ist nur 6 % allen von Israel besetzten Landes. beides DLF 15. 8.

Der katholische Weltjugendtag kostet 100 Millionen Euro. Ein Drittel davon finanzieren die Diözesen. DLF 16. 8.

Wer die Patienten im 5-Minuten-Takt durch die Praxis schleust, wird gut bezahlt. Wer sich den Patienten zuwendet Zeit aufwendet, wird durch das System finanziell bestraft. Ein Hausarzt. Phönix 21. 8.

• gefunden von
MANFRED ERBE

Bayerisches

Zeit: Oktober 1923

Ort: Bahnhofshalle Nürnberg beim Zeitungsstand

Personen: Herr M., der Zeitungsmann
Herr M. wünscht eine Zeitung zu kaufen. Da er das Gesuchte nicht findet, wendet er sich an den Zeitungsmann: „Sie haben wohl keine sozialistische Zeitung?“

Der Zeitungsmann: „Sie san scheint's an Ausländer?“

Aus: Die Sonntags-Zeitung,
5. Jg., Nr. 26, 29. Juni 1924

FRÜHER PLANTEN WIR unsere Wanderwege oft nach Sehenswürdigkeiten. Eine feste Burg, eine tiefe Höhle, ein Berg oder ein Tal. Aber der Charakter der Sehenswürdigkeiten hat sich gewandelt. So machten wir uns letzte Woche auf den Weg nach Ilmenau. Das ist zwar ohnehin eine malerische Gegend, aber wir hatten erfahren, dass dort die Arbeitslosenquote so niedrig sein soll, wie rundum nirgends. Aufgemerkt: Der Agenturbezirk Suhl hat mit seinen 13,5 Prozent die niedrigste Quote aller neuen Bundesländer und die niedrigste Arbeitslosenquote zwischen Sonneberg und Bad Salzungen seit 2002. Sie werden mir Recht geben: Das muss man gesehen haben und wo wir danach auch hinkamen, wurden wir bestaunt, weil wir aus einer Gegend mit „nur“ 13,5 Prozent Arbeitslosen angewandert waren. Allerdings hielt die gute Stimmung nicht lange vor, denn schon in Apolda bemaulten sie uns: „Geht mal zur Last-minute-Börse, da werdet ihr staunen, statt jubeln“. Last minute? Wir kamen dahinter, dass die Agentur für Arbeit eine „Börse“ eingerichtet hatte, um all den Jugendlichen, die noch keinen Ausbildungsplatz haben, eine Chance in letzter Minute zu bieten.

Wanderungen durch Neufünfland

Kein Wasser im Rechtsstaat?

Der Begriff „last minute“ war vielleicht nicht ganz glücklich gewählt, denn last-minute-Angebote sind in der Regel besonders günstig. Was man nicht los wurde, verschleudert man in der letzten Minute. Davon war in Apolda nirgendwo die Rede. 46 Jugendliche hatte man eingeladen, einige kamen noch dazu, weil sie von der Börse gehört hatten, aber allzu viel kam bei der Sache dann noch nicht heraus. Als wir durch Gerstungen kamen, flüsterte man uns, dass die Firmengruppe „AE“ bis zu 80 Stellen zu streichen gedenkt. Sieben Millionen minus, da bliebe nichts als der Rotstift, der auch im mecklenburgischen Selmsdorf aktiv werden soll. Aus Gerstungen meldete die Zeitung schlechte Stimmung des Bürgermeisters, der wohl mit einigen neuen Sorgen rechnet.

DA GERADE WIR OSTDEUTSCHEN jeden Tag aufgerufen werden, nicht zu

jammern, sondern optimistisch auf das Morgen zu warten, zogen wir nach Harsleben, wo so etwas wie ein Werbefilm über den Aufschwung Ost gedreht wurde. Toll, was wir da zu sehen bekamen: Mähdrescher, die von Computern gesteuert werden. Und das nicht etwa, um die Fahrer einzusparen, sondern damit die sich voll auf die Halme konzentrieren können. Großartig! Und nirgendwo sonst in Deutschland rollen diese Wundermäher als in Harsleben. Wer so viel Geld hatte, sie anzuschaffen? Die Agrargenossenschaft, lautete die Antwort. Die hat nämlich 6100 Hektar abzumähen. Ganz anders die Stimmung im nicht endlos entfernten Haldensleben. Dort hatte „jemand“ aus Bayreuth ein paar Wohnhäuser gekauft und wollte nicht einsehen, dass er für die Wassergeld bezahlen müsste. Also schraubten die Wasserwerke die Hähne zu und die betroffenen Familien beten seitdem jeden Abend um Regen. Es sind zum großen Teil Hartz-IV-Empfänger und wenn der Regen ausbleibt, weiß man nicht wie sie weiterleben sollen. Jeder wird zugeben: Nicht gerade ein Wahlkampfthema.

• **KLAUS HUHN**



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg,
Oststraße 39, 04420 Markranstädt
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

6. September

Die nächste Ausgabe erscheint am
23. September

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V.
bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40